

maldekstra #4

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

JUNI 2019



Die autoritäre Welle

Rechtsruck, Demokratie in der Krise und die Suche nach progressiven Alternativen



Die Krise der Demokratie hat viele Namen. Donald Trump, Recep Tayyip Erdoğan, Jair Bolsonaro gehören dazu – doch die Liste ist weit länger. Und das Problem ein globales. Bei vielen Wahlen in Europa ist von einem Rechtsruck die Rede gewesen. Autoritäre Potentaten machen sich daran, rechtsstaatliche Ordnungen umzubauen. Im Süden wurden Prozesse der Demokratisierung abgebrochen. Kritische Stimmen verweisen zudem auf die generelle Tendenz des Kapitalismus auch „im Westen“, seine Krisen mit autoritären Mitteln zu bewältigen. Wie lassen sich die aktuellen Tendenzen der Entdemokratisierung in analytische Begriffe fassen? Was ist das Neue an dieser autoritären Welle? Wie kann der progressive Widerstand gegen diktatorische Herrschaft und illiberale Regime gestärkt werden? Und vor welche Herausforderungen stellt die Dialektik von Demokratie und Kapitalismus die gesellschaftliche Linke?

Inhalt

- 3 „Wir sollten uns nichts vormachen“ Wolfram Schaffar über autoritäre Entwicklungen und die Krise der Demokratie
- 4 Elemente des neuen Autoritarismus
- 7 Die Diktaturen Europas – vergessen?
- 8 Demokratie und Kapitalismus Kurze Geschichte linker Krisendebatten
- 9 Blaupause autoritärer Verfassungspolitik Wie Ungarn rechte Regierungspolitik absichert
- 11 Wie robust ist das Grundgesetz? Eine Warnung, uns in Sicherheit zu wiegen
- 11 Kampf gegen und um die Medien
- 12 Bannons rechte Bewegung
- 12 Lange Schatten der Geschichte Autoritarismus in Indien
- 13 Trotz starker Polarisierung Indiens Demokratie ist nicht in Gefahr
- 15 Rechtsruck per Internet Autoritäre Herrschaft und ein Medium, das einst als Demokratiemaschine galt
- 16 Liberale als Kakerlaken Das Regime von Duterte auf den Philippinen ist auf Gewalt gegründet
- 17 Nicht mehr „über“ den Konflikten Russland unter Putin und die Ökonomie des Autoritarismus
- 19 China als „Systemkonkurrent“ Schafft sich Peking loyale Partner per Außenwirtschaftspolitik?
- 20 Demokratie oder Autoritarismus? Der Weg Mosambiks, hängt vom Umgang mit der Schuldenkrise ab
- 21 Gewerkschaften unter dem Autoritarismus
- 22 Doppelte Krise Nicht nur die Demokratie gerät unter Druck
- 23 Suche nach linken Gegenstrategien in Lateinamerika
- 23 Gegen den „männlichen Zorn“ Frauen führen vielerorts den Widerstand gegen autoritäre Regierungen an

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

Redaktion Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof, Anne Schindler, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.)

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 65.000

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Alte Warnungen, neue Herausforderung

Sich einen kritischen Begriff vom Aufstieg der „starken Männer“, vom politischen Rechtsruck und von den vielfach sichtbaren Tendenzen der Entdemokratisierung zu machen, einen Begriff, der auch progressive Gegenstrategien ermöglicht, steht schon lange auf der Tagesordnung. Man könnte sogar sagen, die Donald Trumps, Viktor Orbáns, Jair Bolsonaro, Rodrigo Duterte und wie die Gesichter des neuen Autoritarismus alle heißen, bestätigen alte Warnungen.

Der deutsch-britische Soziologe und Liberale Ralf Dahrendorf zum Beispiel sah die Welt schon 1997 „an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert“. Er begnügte sich in seiner skeptischen Prognose nicht mit oberflächlichen Argumenten, sondern zielte tief in die Dialektik von Kapitalismus und Demokratie: Es dränge „der Schluss sich auf, dass die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten“. Ähnlich Wilhelm Heitmeyer, der große Mann der Autoritarismusstudien in der Bundesrepublik. 2001 analysierte er jene Entwicklungstendenzen, deren Realität heute die Schlagzeilen der Berichterstattung dominiert. Auch Heitmeyer ging von einer Perspektive politischer Ökonomie aus, davon, „dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiatere Rechtspopulismus befördert werden“.

Man kann inzwischen nicht mehr nur von autoritären Versuchungen sprechen, die Lage ist ernst, und nicht immer hält die Debatte progressiver Kreise mit diesem Befund mit. Zu oft bleiben die Instrumente der Kritik unscharf, zu selten wird die globale Dimension des neuen Autoritarismus in den Blick genommen. Denn was hier als „Rechtspopulismus“ beschrieben werden kann, mag sich anderswo längst bis an die Grenze zum Faschismus radikalisiert haben. Der neue Autoritarismus ist

auch nicht bloß „das andere“, das sich von den Demokratien „des Westens“ einfach unterscheiden lässt – analytische Begriffe wie der des „autoritären Neoliberalismus“ verweisen auf die dortigen illiberalen Tendenzen. Hinzu kommt, dass der politische Zielhorizont der gesellschaftlichen Linken nicht auf die „bürgerliche Demokratie“ begrenzt bleibt, sondern über diese im Sinne der Vertiefung der Demokratie hinausdenkt – und gleichzeitig doch zu den Kräften der Verteidigung der existierenden Demokratie gehört.

Eine wichtige Veränderung gegenüber „früheren Zeiten“ mag auch in der viel engeren internationalen Kooperation autoritärer Regime gesehen werden. Wo man es früher eher mit einzelnen, national beschränkten Entwicklungen zu tun hatte, haben sich heute Netzwerke herausgebildet, befeuern sich autoritäre Regime gegenseitig. Man kann viele Aspekte der gezielten Autokratieförderung, also der direkten Hilfe durch einflussreiche Groß- oder Regionalmächte, beobachten. Es geht aber auch um so etwas wie autoritäre Diffusion: illiberale, rechtspopulistische, autokratische Praktiken werden von anderen „gelernt“, verstärken sich gegenseitig und grenzüberschreitend.

Aus kritischer Perspektive rückt noch etwas in den Blick – auch Regierungen, die sich als links bezeichnen, greifen zu autoritären Praktiken, wie die Beispiele Nicaragua oder Venezuela zeigen. China wähnt sich auf einem eigenen „sozialistischen“ Weg, aber wer würde dieser Selbstbeschreibung angesichts der dortigen Realität zustimmen wollen? Eher wird die Frage aufzuwerfen sein, ob der Aufstieg eines „asiatischen Kapitalismusmodells“ seine Grenzen findet und was es nicht zuletzt für demokratische Ansprüche bedeuten würde, wenn nicht.

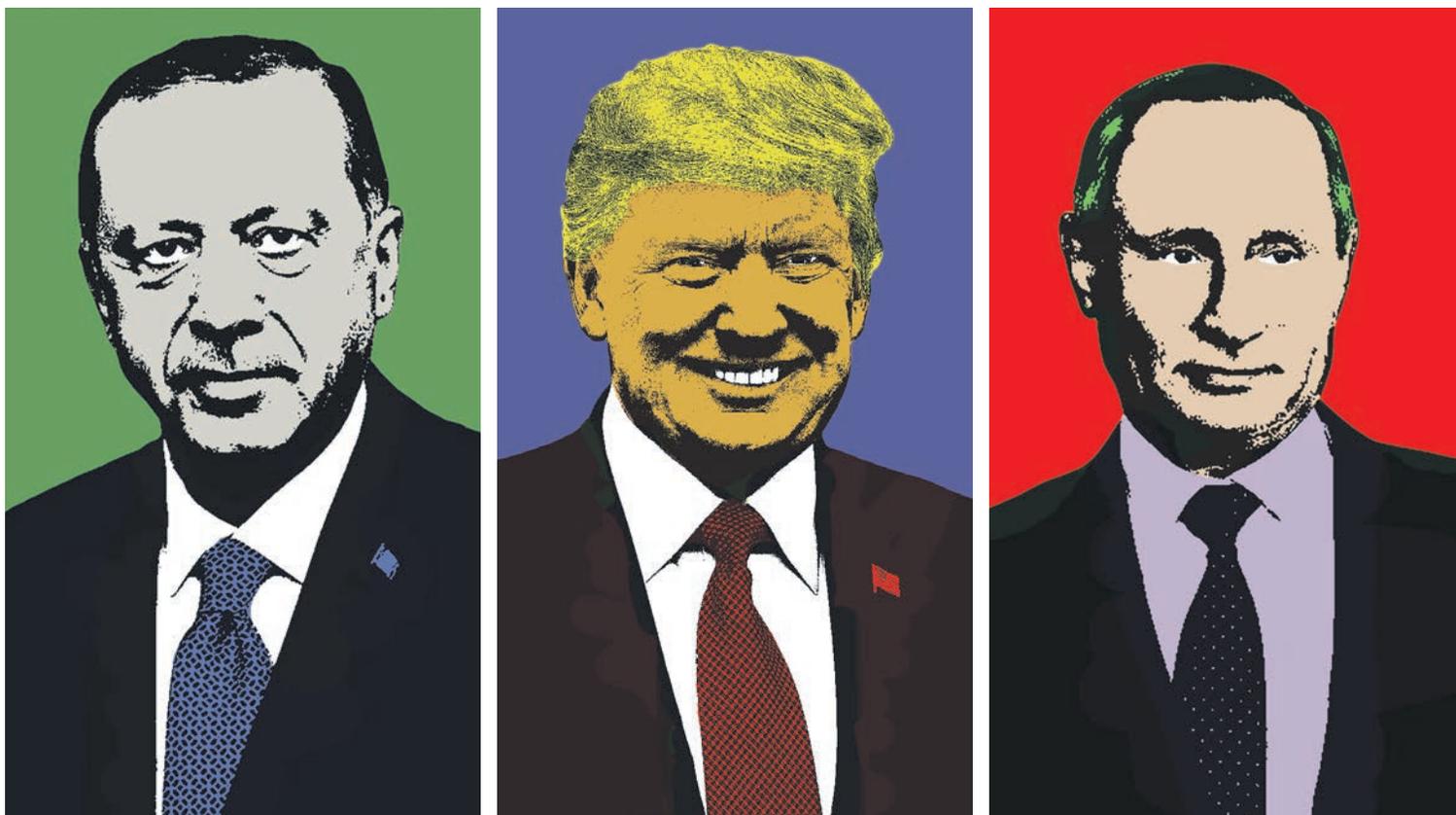
Mögen die Warnungen auch schon älteren Datums sein, die Herausforderung bleibt aktuell. Sie ist größer als das, was diese Ausgabe von „maldekstra“ behandeln kann.

Tom Strohschneider

Agenda

maldekstra #5 Weltweit engagieren sich Frauen gegen autoritäre Zumutungen, Gewalt und die Verweigerung elementarer Rechte. Auch viele Bewegungen gegen Klimawandel, für Menschenrechte, Solidarität und soziale Verbesserungen werden von Frauen angeführt. Sie reagieren auf Sexismus und Rassismus sowie antifeministische Angriffe von rechts – auch im globalen Zusammenhang. Mit dieser neuen „Feministischen Internationale“ wird sich die kommende Ausgabe von „maldekstra“ befassen, die im Frühherbst erscheint. Ein Online-Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung widmet sich schon jetzt queere feministischen linken Forderungen und gesellschaftlichen Kämpfen von Frauen. Mehr unter rosalux.de/dossiers/feminismus-von-links/.

maldekstra Archiv In den ersten Ausgaben seit dem Start haben wir uns mit den Themen Ernährungssouveränität, Positiver Frieden und Neuer Internationalismus beschäftigt. Wer sich für „Globale Perspektiven von links“ interessiert, kann auch die bereits erschienenen Ausgaben des Auslandsjournals „maldekstra“ noch beziehen – Informationen dazu finden sich unter rosalux.de/publikationen/.



Alle Porträts aus gemeinfreien Quellen. Bearbeitung: Michael Pickardt.

„Wir sollten uns nichts vormachen“

Wolfram Schaffar über autoritäre Entwicklungen, die Krise der Demokratie und den Zusammenhang von kritischer Analyse und politischer Veränderung

maldekstra: Schwerpunkte Ihrer wissenschaftlichen Arbeit waren bisher Länder in Südostasien wie Thailand und Myanmar oder China, auch haben Sie längere Zeit als Professor in Österreich gelehrt. Schaut man sich die genannten Staaten an, sind wir schon mitten im Thema: Es gibt dort mehr oder weniger deutlich autoritäre Entwicklungen.

Wolfram Schaffar: Das ist richtig, auch wenn man die Unterschiede nicht verwischen kann. Aber um beim Beispiel Thailand zu bleiben: 1997 war man doch noch ganz euphorisch, als die „Verfassung des Volkes“ in Kraft trat. Inzwischen sind wir dort mit einem autoritären Regime konfrontiert, bei dem – bei aller Vorsicht – der Begriff „Faschismus“ angebracht ist. Wenn ich dann heute frühere Kolleg*innen von dort im Exil, etwa in Paris, treffe, bekommt das auch eine persönliche Dimension, die mir nahegeht. Nach zwei, drei Jahren im Exil sind die Leute oft gebrochen.

Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung – es kursiert eine Vielzahl von Begriffen, um die zunehmenden politischen Krisen weltweit zu beschreiben. Welchem geben Sie den Vorzug bei der Analyse?

Es gibt keinen analytisch exakt passenden Begriff. Die Situation, über die wir hier sprechen, ist eine, die von ganz unterschiedlichen Entwicklungen geprägt ist. Wenn man diesen Unterschieden wissen-

schaftlich gerecht werden wollte, müsste man versuchen, der überall sichtbaren Krise der Demokratie mit einem ganzen Korb analytischer Kategorien beizukommen. Das führt aber zu einer Situation, die einen politisch eher lähmt, weil man zu Aussagen kommt wie: Die Welt ist komplex. Für ein kritisches Denken, das auch zur Veränderung der Verhältnisse befähigen soll, ist das ein Problem.

Wie war das in den 1920er und 1930er Jahren?

Damals wurden unter anderem die Begriffe „Bonapartismus“ und „Faschismus“ geprägt, um autoritäre Dynamiken zu beschreiben. Das Regime von Louis Bonaparte lag aber 60, 70 Jahre zurück und „Faschist“ war seinerzeit eine Selbstbeschreibung italienischer rechter Kampfverbände, der „Fasci di Combattimento“. Was uns heute als wohl definierte analytische Kategorien erscheint, geht also zurück auf anachronistische und unbeholfene Begriffe, mit denen man damals gerungen hat, um eine Radikalisierung zu beschreiben, die sich den Vorstellungen von der erwartbaren politischen Entwicklung entzog.

Es waren also eher politische denn wissenschaftliche Begriffe.

Damals dienten Kategorien wie „Faschismus“ dazu, die unerwartete Wende in der Weltgeschichte fassbar zu machen und gleichzeitig Gegenkräfte zu



Foto: Fotomilie

Wolfram Schaffar ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich vor allem mit den Themen Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse, soziale Bewegungen, alternative Entwicklungskonzepte, Internet und soziale Medien. Er war bis Mai 2018 Professor für Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung in Wien, außerdem immer wieder im Ausland für Forschung und als Gastdozent tätig. Seit 2016 ist Wolfram Schaffar Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.

mobilisieren. Wenn man das auf heute bezieht, geht es also auch eher darum, einen Begriff zu prägen, der zum politischen Handeln befähigt, also mobilisierungs- und strategietauglich ist.

Das politische Handeln, von dem Sie sprechen, hat mindestens einen Bezugspunkt: Es soll verhindern, dass etwas in Gefahr gerät, verschwindet, zurückgeht. In unserem Fall ist das die Demokratie, aber auch hier stellt sich ja gleich die Frage: Was für einen Begriff haben wir davon, welchen haben andere?

Im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung spielt die kritische Debatte über Demokratie eine wichtige Rolle. Kolleg*innen wie Alex Demirović, Mario Candeias, Fritz Burschel, Sonja Buckel oder David Salomon haben sehr differenzierte Analysen der Demokratie vorgelegt: auf der einen Seite als eine bürgerliche Herrschaftsform, die sich der Durchsetzung des Kapitalismus verdankt, die aber auf der anderen Seite nicht bloß ein kapitalistisches Herrschaftssystem darstellt. Demokratie ist die einzige Form, in der Interessenausgleiche innerhalb des Kapitalismus möglich sind, innerhalb von und zwischen den Klassen. Die Frage ist: Wie kann man – vor dem Hintergrund dieser Kritik – über eine (neo-)liberale Form der Demokratie hinausgehen, ohne das progressive Potenzial, die erreichten Formen eines liberalen, Menschenrechte akzeptierenden Systems aus den Augen zu verlieren?

Man hat sozusagen zwei Fronten.

Ja, einerseits stimmt immer noch die Kritik an der real existierenden Demokratie: Sie wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, und das hat etwas mit den ökonomischen Verhältnissen zu tun, denen sie wiederum ihre Existenz verdankt. Die Aushöhlung der Demokratie beginnt im Augenblick ihrer Durchsetzung, das hat schon Johannes Agnoli in seiner „Transformation der Demokratie“ in den 1960er Jahren beschrieben. Es gibt eine

eingeschriebene Tendenz der Erstarrung zu einem bloß noch formalen, liberal aussehenden System. Gleichzeitig wäre es falsch, zu sagen: Deshalb brauchen wir Demokratie nicht. Das wäre die andere Front. Man kann die ausgehöhlte Demokratie nicht kritiklos verteidigen. Andererseits kann man deren Abbau nicht wünschen.

Colin Crouch, der den Begriff „Postdemokratie“ geprägt hat, zeichnet ein beinahe hoffnungsloses Bild: Wir stehen am Ende einer Entwicklung, die er wie eine Kurve beschreibt – von den Anfängen der Demokratie in der Antike über den Höhepunkt der Entwicklung, den „Augenblick der Demokratie“ in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, bis heute, wo am anderen Ende der Parabel die Postdemokratie steht.

Ich teile die Einschätzung nicht, das Bild der Parabel suggeriert den Abschluss einer Entwicklung. Wenn wir mit der Demokratie aber schon am Ende wären, müssten wir gar nicht mehr über ihre Rettung, ihre Weiterentwicklung, ihre Vertiefung sprechen. Mir scheint es sinnvoller, wie von Demirović vorgeschlagen, von einer zyklischen Entwicklung auszugehen, wobei die Momente von Krise oder Erneuerung mit der politischen Ökonomie verbunden sind. Die Erneuerung muss immer wieder stattfinden, damit überhaupt ein neuer Akkumulationszyklus beginnen kann. In dem bildet dann eine neue Entwicklungsstufe der Demokratie auch wieder die Kampfarena zwischen den Klassen, die Voraussetzungen für Kompromisse.

Liegt darin nicht die Gefahr einer allzu deterministischen Sicht: Kapitalistische Krise führt zu Krise der Demokratie?

Nein, das wäre aber auch ein falsches Verständnis von dem Zusammenhang. Es ist nicht so, dass, wenn eine Wirtschaftskrise kommt, automatisch Demokratie abgebaut wird. Der Zusammenhang ist komplexer, widersprüchlicher: Die Ausweitung

Von Wolfram Schaffar erscheint im Juni 2019 die Studie „Globalisierung des Autoritarismus. Tendenzen der weltweiten Krise der Demokratie“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ende August wird sich in Berlin eine Fachtagung dem Thema „Globalisierung des Autoritarismus“ zuwenden.

Elemente des neuen Autoritarismus

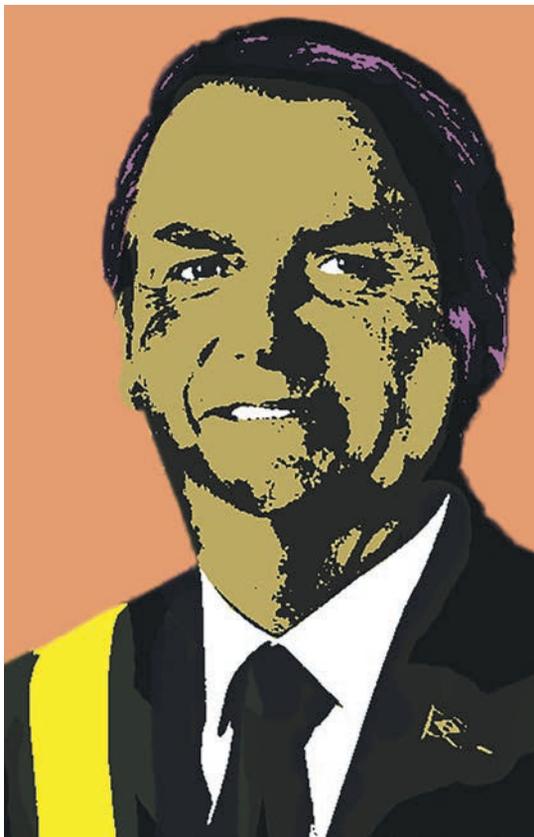
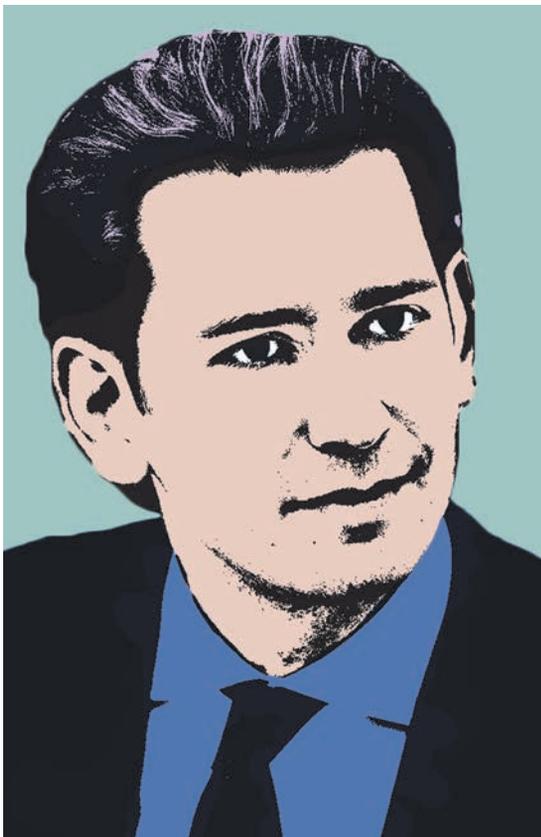
Warnungen vor Rechtsruck und Entdemokratisierung begleiten die politische Diskussion schon seit Jahrzehnten. Wenn heutzutage von einem neuen Autoritarismus die Rede ist, werden dabei einige Elemente sichtbar, die in der Vergangenheit keine so hervorgehobene Rolle gespielt haben.

Große Bedeutung für die Propaganda autoritärer Kräfte hat heute zum Beispiel der Antifeminismus. Darin vermischen sich Aspekte des Sexismus und der Misogynie, also der Annahme einer Minderwertigkeit von Frauen, mit populistisch geförderten Reflexen gegen Gender Studies oder eine plurale Sexualerziehung. „Gender-Ideologie“ ist zu einem der wichtigsten Kampfbegriffe rechter Akteure geworden.

Neues Gewicht hat heute auch der sogenannte Klimaskeptizismus. Er bezeichnet eine Denkungsart, in deren Kern die Behauptung steht, der Klimawandel sei gar nicht vom Menschen verursacht, sondern zum Beispiel auf natürliche Zyklen zurückzuführen. Bei dieser Art „Skepsis“ geht es aber nicht darum, gewonnene Erkenntnisse der Forschung zu hinterfragen oder zu überprüfen, sondern entweder um Propaganda im Interesse von Konzernen, die sich gegen Maßnahmen zum Klimaschutz wehren. Nicht selten steckt auch eine ganz allgemeine Diskreditierung von grünen Politikzielen dahinter, die als angeblich nur ideologisch angetriebene Verbotsfantasien abgetan werden.

In Verbindung mit zunehmender globaler Migration steht aktuell eine von autoritären Akteuren befeuerte Angst vor einem angeblichen „Bevölkerungsaustausch“. Diese Denkfigur schließt an klassischen Rassismus an, der bei der Diskreditierung von Nicht-Einheimischen, insbesondere bei der „Legitimierung“ von Gewalt gegen Menschen, weiterhin eine starke Rolle spielt. Die Anti-Migrations-Propaganda verbindet sich heute oft mit Verschwörungsdenken und Antisemitismus, indem Migration zum absichtsvollen Werk vermeintlicher „Mächte“ verzerrt wird, die „die Nation“ oder ein zum „Volk“ erhobenes, abgeschlossenes Wir untergraben wollten.

Ein Element des neuen Autoritarismus ist auch in dessen Abwehr einer angeblichen „politischen Korrektheit“ zu sehen – dieser Begriff wurde schon in den 1980er Jahren von der Rechten okkupiert. Er richtet sich gegen die Idee, dass alles vermieden werden sollte, was Gruppen von Menschen herabsetzt oder beleidigt. Rhetorisch mit der Formel „Das wird man doch noch mal sagen dürfen“ verwandt, wird die Abwehr der „politischen Korrektheit“ dazu genutzt, Kritik an Rassismus, Nationalismus, Sexismus usw. zu diskreditieren. Eng verwandt ist auch die Behauptung, „die Linken“ würden in einer Art konspirativer Strategie des „Kulturmarxismus“ die – als gut und richtig interpretierte – traditionelle Moral zu zerstören trachten.



der Demokratie folgt der Notwendigkeit, dass man im Kapitalismus Kompromisse zwischen divergierenden Interessengruppen und gesellschaftlichen Klassen finden muss. Dazu dient zum Beispiel ein Parlament – aber nur dann, wenn dort die Interessen der Subalternen auch glaubhaft vertreten werden. Wenn sich aber nun die Subalternen erfolgreich organisieren und tatsächlich auf das Recht pochen, gefragt zu werden, mitzubestimmen, kann es für die herrschenden Klassen schnell gefährlich werden: Die Subalternen sind ja zahlenmäßig in der Mehrheit und können verlangen, materiell stärker beteiligt zu werden. Das führt auf der anderen Seite zu Gegenbewegungen, die immer wieder auch, aber eben nicht zwangsläufig, auf autoritäre Lösungen setzen. Natürlich kann man in ökonomischen Wachstumsphasen auch von Kapitaleseite aus freigiebiger Kompromisse eingehen, in der Phase des Fordismus hat man das gesehen. Umgekehrt gibt es aber auch keinen Automatismus, laut dem es demokratischer wird, wenn es wirtschaftlich besser geht.

Demokratie ist immer auch eine Frage der Bewegungen, die sich ihre Durchsetzung, ihre Ausweitung auf die Fahnen geschrieben haben. Das scheint mir im Bild von Crouchs Parabel unterzugehen. Es hat immer Demokratisierungsschübe gegeben, oft auch unabhängig von ökonomischen Krisenlagen.

Ja, das stimmt. In Thailand zum Beispiel, wo Menschen gegenwärtig bei kleinster Kritik an den Regierenden 15 Jahre und länger ins Gefängnis geworfen werden oder einfach „verschwinden“, dort tauchte auf dem Höhepunkt der Unterdrückung ein Musik-Video auf: „Rap against dictatorship“, das sich rasend über die sozialen Medien verbreitete und die Militärregierung eiskalt erwischte hat – wie der Sound eines neuen möglichen Schubs der

Demokratisierung. Nur ökonomisch ausgerichtete Erklärungen greifen hier zu kurz. Menschen streben offenbar auch in einer ganz idealistischen Form nach Freiheit, das Bedürfnis, nicht zugerichtet und „nicht dermaßen regiert zu werden“, wie Michel Foucault das beschrieben hat, speist sich auch aus etwas ganz Unökonomischem. Dass diese Frage in vielen kritischen Analysen nicht systematisch behandelt wird, hat sicher auch etwas damit zu tun, dass der Begriff der Freiheit „von der anderen Seite“ okkupiert ist.

Der schon angesprochene Johannes Agnoli hat von der „Involution“ der Demokratie gesprochen – diese sei gekennzeichnet dadurch, „dass sie sich nicht gegen die alten Verfassungsnormen und -formen durchsetzen will, sondern tendenziell sich ihrer zu bedienen versucht“. Das klingt sehr nach heutigen Mustern: Die Autoritären kommen heute durch Wahlen zur Macht, sozusagen „demokratisch“ – seltener als Militärdiktaturen oder im Ausnahmezustand. Was sagt das über die mögliche Entwicklung aus?

Dieser Befund gilt wohl eher für die OECD-Welt, weniger für den globalen Süden. Aber auch in Europa wäre ich vorsichtig, das zu verallgemeinern und zu denken, dass ein Rückfall in die Barbarei wie in den 1930er Jahren ausgeschlossen wäre. Es ist ja trivial, zu sagen, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Wenn aber die geschichtliche Entwicklung prinzipiell offen ist, dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es auch wieder zu einer Radikalisierung der autoritären Regime kommen kann, mit schlimmsten Auswüchsen, von denen wir heute noch keine Vorstellung haben. Wir denken ja, dass die Menschheit doch aus Auschwitz gelernt hat, lernen musste. Aber was, wenn nicht? Otto Bauer und August Thalheimer,



die schon in den 1920er Jahren über den Faschismus geschrieben haben – also vor dessen Durchmarsch –, hatten ein zentrales Anliegen: Sie wollten davor warnen, die Entwicklungen und die zunächst womöglich lächerlich wirkenden Führer in Italien und Deutschland nicht ernst zu nehmen. Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir auf Donald Trump schauen und denken: Es kann doch nicht wahr sein, dass diese Karikatur von Politiker überhaupt gewählt wird und sich im Amt hält. Aber wir sollten uns immer die Frage stellen: Was, wenn sich hinter diesem Phänomen etwas verbirgt, das wir einfach noch nicht verstehen?

Haben Sie eine Antwort?

Da komme ich noch einmal auf Colin Crouch zurück, denn sein Bild der Parabel der Demokratie stellt diese Frage ja auch: Sind wir womöglich an einem Punkt, an dem unsere bisherigen Annahmen über mögliche Zukünfte nicht mehr zutreffen, weil sich die Voraussetzungen, aus denen Entwicklungen entspringen, radikal verändert haben? Welche Bedeutung hat der Aufstieg Chinas mit seinem neuen Modus kapitalistischer Entwicklung? Was bedeutet die Ausbreitung des Internets, der sozialen Medien für Demokratien? Was heißt es, wenn wir von der planetaren Krise der Ökologie, des Klimas und der Ressourcen aus denken, die einem ökonomischen Wachstum Grenzen setzt und damit auch den Möglichkeiten, soziale Integration durch Umverteilung zu schaffen? Vielleicht haben wir für diese epochale Situation noch gar keinen Begriff.

Wodurch kennzeichnet sich das Neue noch?

Wir haben es einerseits mit einem autoritären Neoliberalismus zu tun, der vor allem auf EU-Ebene immer weiter voranschreitet. Die Wirtschaftspolitik und die Austeritätsregeln werden von demokratisch kaum legitimierte Gremien in Verträgen festgeschrieben und im Zweifelsfall – wie in Griechenland – sehr autoritär auch gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Dieser europäische Konstitutionalismus legitimiert sich aber unter anderem dadurch, dass gleichzeitig Freiheitsrechte und Antidiskriminierungsrichtli-

nien festgeschrieben werden. Andererseits beobachten wir populistische Bewegungen, zum Beispiel in Ungarn und Polen, die Zustimmung dadurch erhalten, dass sie sich verbal gegen die Folgen dieses Neoliberalismus wenden. Dies geht aber mit rechten, nationalistischen, ausgrenzenden Ideologien einher, die sich zum Beispiel gegen die europäisch verbrieften Antidiskriminierungsrichtlinien richten.

Wenn es um autoritäre Entwicklungen geht, werden heute meist zuerst China und Russland genannt. Da steckt viel Wahrheit drin, aber es ist auch das Ergebnis einer neuen Auseinandersetzung um globale Hegemonie. Scheint da eine neue Blockkonfrontation auf?

Um bei diesem Begriff gleich einzuhaken: Wer wäre denn dann der demokratische Block? Lange Zeit haben sich die USA und Europa so stilisiert, aber das ist immer schon und zu Recht kritisiert worden. Man sollte bei der Analyse genauer hinsehen, dann rückt in den Blick, dass wir es mit verschiedenen autoritären Spielarten in unterschiedlicher Form zu tun haben, zwischen denen es jedoch auch einen Austausch gibt. Seit März bezeichnet die Europäische Union China offiziell als einen Systemrivalen, und natürlich gibt es zwischen dem autoritären Konstitutionalismus der EU und China riesige Unterschiede. Aber die Logik des Sozialkredit-Systems, das gerade in China eingeführt wird und Bürger einer fast totalitären datenbasierten Bewertung unterzieht, die Wohlverhalten belohnt und Abweichung bestraft, ist auch anderswo bekannt – etwa wenn Kreditwürdigkeit mit intransparenten Methoden und Algorithmen geprüft wird, wenn datenbasiert ins Konsumverhalten eingegriffen wird, wenn per massenhafter Videoüberwachung alle zu potenziellen Gefahren erklärt werden. China ist da gar nicht so weit weg. Da wären nur kleine Schritte nötig. Das sollte man im Kopf behalten.

Welche Rolle spielt technologische Entwicklung für autoritäre Regime heute?

Eine große. Man kann das für alle Staaten durchgehen, in denen sich diese Entwicklung heute vollzieht. Die Konsolidierung autoritärer Regime

wird über das Internet ermöglicht: Wahlbeeinflussung und die Relativierung von Wissen etwa durch „alternative Wahrheiten“, Kontrolle und Überwachung, Mobilisierung und Emotionalisierung, systematisches Herstellen herrschaftskonformer Öffentlichkeiten durch gelenkte Medien und so weiter.

Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil wir das Internet noch vor wenigen Jahren als große Demokratiemaschine betrachtet haben.

Richtig, aber wir sollten uns davor hüten, einer „liberalen“ Lesart zu folgen, nach der das Internet als per se gut und demokratiefördernd betrachtet wird, jetzt aber von bösen staatlichen, autoritären Akteur*innen manipuliert und okkupiert wird. Vielmehr müsste man genauer hinschauen: Was von dem, was autoritäre Akteure nun für sich nutzen, ist zum Beispiel in der politischen Ökonomie des Internets angelegt? Manche Internet-Trolle sind einfach prekäre Arbeiter*innen, für die das Posten von „Fake News“ eine Einkommensquelle ist, weil sie dadurch hohe Abonnentenzahlen für ihren YouTube-Kanal oder ihre Homepage erreichen und über Google AdSense Werbeeinnahmen generieren können. Dem kommt man nicht durch das Sperren von Hetzern bei, sondern es ginge dann darum, solche Plattformen demokratisch zu kontrollieren, sie gesellschaftlicher Regulierung zu unterwerfen.

In Europa ist augenfällig, dass sich autoritäre Dynamiken gehäuft in postsozialistischen Ländern zeigen. Gibt es ein autoritäres Echo der Vergangenheit? Oder hat das eher etwas mit dem Transformationsprozess nach dem Scheitern des autoritären Sozialismus zu tun?

In der Rede vom autoritären Echo steckt etwas Kulturalistisches, eine diffamierende Stoßrichtung: „Die können Demokratie nicht so gut wie wir, weil sie es nie richtig kennengelernt haben.“ Das wird im Übrigen auch gegenüber Gesellschaften außerhalb Europas oft so gesagt. Aber dabei gerät aus dem Blick, dass zum Beispiel Deutschland nach 1945 so ziemlich der letzte Kandidat für eine funktionierende Demokratie war. Sie wurde in der Bundesrepublik trotzdem eingerichtet. Mit einem sehr visionären Grundgesetz. Möglich wurde dies nicht, weil die Menschen hier so eine demokratische Gesinnung hatten. Im Gegenteil. Es waren welthistorische Konstellationen, die die Demokratisierung haben möglich werden lassen. Übertragen auf die postsozialistischen Länder, lenkt das den Blick auf die offenbar schlechteren Ausgangsbedingungen für die notwendigen demokratischen Kompromisse. Vor allem die ökonomische Schocktherapie in den 1990ern hat sich als komplette Fehlpolitik erwiesen.

Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung, Faschismus ... Was raten Sie den progressiven Kräften in der gegenwärtigen Situation?

Im Fall der Fälle müssen die demokratischen Institutionen, die es gibt, verteidigt werden. Dafür braucht es dann eine nüchterne Abwägung, welche kurzfristigen strategischen Allianzen zu schmieden sind. Eine schwierige Balance. Wir sollten uns aber nichts vormachen und bereit sein, auch negative, pessimistische Szenarien zu denken. Gleichzeitig sollten wir uns nicht lähmen lassen, denn der Drang, sich nicht entmündigen und beherrschen zu lassen und ein gutes Leben zu führen, scheint mir universal.

Die Diktaturen Europas – vergessen?

In den Diskussionen um den Aufstieg autoritärer Politikformen und des Rechtspopulismus in Europa wird nur selten an die Tatsache erinnert, dass hier noch bis vor wenigen Jahrzehnten rechte Diktaturen herrschten. In Portugal war von 1932 bis 1974 eine rechte Diktatur unter António de Oliveira Salazar an der Macht, bis die Nelkenrevolution den demokratischen Neuanfang ermöglichte. Im benachbarten Spanien herrschte von 1939 bis 1975 die Diktatur Francisco Francos, und in Griechenland hatte sich 1967 ein Obristenregime an die Macht geputscht, das bis 1974 eine Militärdiktatur aufrechterhalten konnte.

Die Regime, die mit brutaler Gewalt gegen Oppositionelle vorgingen und politische Freiheiten unterdrückten, mögen untereinander sonst wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Das wird in einem jetzt von dem Jenaer Historiker Jörg Ganzenmüller herausgegebenen Sammelband noch einmal deutlich, in dem Expert*innen zudem der Frage nachgehen, wie sich „Europas vergessene Diktaturen“ auf jeweils ganz unterschiedliche Wege der Überwindung autoritärer Herrschaft machten.

In den Texten wird das Augenmerk auch darauf gelenkt, wie vor allem westeuropäische Staaten mit diesen Diktaturen umgingen. Spanien konnte zwar zur Franco-Zeit nicht EWG-Mitglied werden, erhielt aber Zollerleichterungen. Portugal war trotz der Salazaristen an der Macht Gründungsmitglied westlicher Bündnisse wie der NATO. Die griechischen Obristen konnten in diesem Militärbündnis bleiben – die antikommunistische Ausrichtung des Regimes war vielen „im Westen“

offenbar wichtiger, als gegen die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

Neben diese historische Einordnung tritt eine aktuelle Frage, Ganzenmüller wirft sie gleich zu Beginn auf – die nach den Gründen dafür, dass in den drei Ländern die rechtspopulistische Herausforderung der aktuellen politischen Krise bisher kleiner war. Den Verwerfungen nach der Finanzkrise, die mit dem „Sommer der Migration“ eine Dynamisierung erfuhren, folgten in Spanien der Aufstieg der linken Podemos, in Portugal eine von links gestützte sozialdemokratische Regierung und in Griechenland das linke Bündnis SYRIZA. Es ist hier rechtsradikalen Parteien bisher weniger gelungen, die politische Szene zu dominieren, als etwa in Österreich, Ungarn oder auch Frankreich.

Die Frage, inwieweit die noch junge Erinnerung an rechte Diktaturen zur Immunisierung von Gesellschaften gegen neue autoritäre Wellen beiträgt, kann und will auch der Sammelband nicht endgültig beantworten. Autoren wie Philip Manow haben die Ursachen heutiger politischer Lagen in Südeuropa in Büchern wie „Die Politische Ökonomie des Populismus“ in anderen Entwicklungen gesehen als in den Diktaturerfahrungen.

Jörg Ganzenmüller (Hrsg.): Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, Böhlau, Köln 2018

Philip Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus, Suhrkamp, Berlin 2018

Vom Bonapartismus zur Postdemokratie

Marx und Luxemburg, Gramsci und Crouch: kurze Geschichte linker Krisendebatten. Von Tom Strohschneider

Die Antwort auf die Frage, wie es um die Demokratie bestellt ist, hängt von mindestens zwei weiteren Fragen ab: Was ist mit „Demokratie“ gemeint und was hat das alles mit dem Kapitalismus zu tun?

Das Thema bewegt seit über 150 Jahren die linke Diskussion; sie greift dabei auch auf frühere Erklärungsansätze zurück. So sieht Micha Brumlik in Donald Trump einen Wiedergänger Louis Bonapartes und knüpft damit an die von Karl Marx 1852 in „Der achtzehnte Brumaire“ formulierte Kritik an Herbert Marcuse hat später von einer „vorbildlichen Analyse der plebiszitären Diktatur“ gesprochen. Der „Bonapartismus“, bisweilen auch „demokratischer Cäsarismus“ genannt, zeichne sich dadurch aus, dass das Bürgertum als „herrschende Klasse“ auf unmittelbare Regentschaft oder politische Repräsentation zugunsten einer autoritären Herrschaft verzichte, die sie begünstigt.

Auch der gegenwärtige Rechtsruck wird oft durch Führerpersönlichkeiten verkörpert, die auf Basis demokratischer Legitimation durch Wahlen einen antidemokratischen Umbau des Staates anstreben und sich dabei auf den Alleinvertretungsanspruch eines angeblichen „Volkswillens“ berufen. Nicht selten wird das mit sozial klingenden Parolen verbunden, deren Problem aber nicht nur die nationalistische, ethnozentristische oder rassistische Ausschlusslogik ist, sondern auch, dass hier die private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums in Wahrheit unangestastet bleibt.

Marx hat mit seiner Schrift schon die Frage nach der Dialektik von Demokratie und Kapitalismus aufgeworfen, eine Frage, die mit der Durchsetzung parlamentarisch-demokratischer Systeme nicht obsolet wurde, im Gegenteil: Inwieweit fallen soziale und politische Herrschaft auseinander, was bedeutet das für die Stellung der Linken gegenüber bürgerlichen Rechten und dem Parlamentarismus?

Der jüdische Staatsrechtler Hermann Heller hat in dieser „Trennung des politischen und ökonomischen Kommandos“ in den 1930er Jahren den Ausgangspunkt des „für die gegenwärtige Situation der kapitalistischen Demokratie charakteristischen Spannungszustandes“ gesehen. Der marxistische Rechtstheoretiker Franz Neumann verwies damals

auf die Rolle der sich emanzipierenden Arbeiterklasse, die im Parlament immer stärker ihren Interessen Hebelwirkung verschaffen konnte, worauf „das Bürgertum seinen Glauben an die Herrschaft des Gesetzes“ verwerfe, wie es in einem lesenswerten Überblick der Politikwissenschaftlerin Sonja Buckel heißt.

Auch August Thalheimer analysierte den Faschismus unter Rückgriff auf Marx' Bonapartismustheorie, und er kam zu dem Schluss, die bürgerliche Demokratie als „den besten Kampfboden für den Sozialismus“ gegen ihre Zerstörung zu verteidigen. Rosa Luxemburg hatte einige Jahre zuvor dafür argumentiert, die parlamentarischen Kämpfe nicht als die Zentralachse des politischen Lebens anzusehen, und noch auf die Überwindung der „bürgerlichen Demokratie“ gesetzt. Anders argumentierte später Wolfgang Abendroth, der auf eine soziale Demokratie setzte, die das Auseinanderfallen des „politischen und ökonomischen Kommandos“ überwindet.

Das waren Gedanken, die nach dem Zweiten Weltkrieg weithin populär waren. Doch im Prinzip bestand das alte Modell kapitalistischer Vergesellschaftung fort. Bei neuen ökonomischen Krisen wurde staatsinterventionistisch gegengesteuert, das aber ließ die Legitimationskrisen nicht kleiner werden.

Jürgen Habermas und Claus Offe setzten hier an und versuchten zu zeigen, dass das administrative System „gegenüber der limitierenden Willensbildung hinreichend autonom“ geworden sei, sodass sich die Frage der Legitimation ganz neu stelle: An die Stelle der Partizipation trete eine inhaltlich diffuse Massenloyalität, die einen Passivbürger erzeuge, dessen Entpolitisierung durch „systemkonforme Entschädigung“ befeuert werde – es werden sozusagen im Gegenzug Konsum, Karriere, Freizeit etc. geboten.

Eine wachsende Rolle in den Debatten gewannen auch die Arbeiten von Antonio Gramsci. Die Normalform der demokratischen Institutionen gerate ins Wanken, wenn die bürgerliche Hegemonie instabil werde – Ausnahmezuständen stellen dann gewissermaßen Antworten auf Krisen der Hegemonie dar. Auch Nicos Poulantzas und Bob Jessop haben sich mit diesen Krisen auseinandergesetzt. Da, wo ein autoritärer Etatismus als Reaktion in Stellung gebracht werde, werde einerseits

„die Staatsmacht auf Kosten der liberalen repräsentativen Demokratie“ gestärkt, so Jessop, andererseits die Fähigkeit zusätzlich geschwächt, ebendiese bürgerliche Hegemonie zu sichern.

In der neueren Zeit haben sich linke Debatten unter anderem um den von Colin Crouch formulierten Begriff der „Postdemokratie“ gedreht, der demokratische Verfahren als entleert ansieht, ein bloßes Spektakel, hinter dem technokratische Eliten die eigentliche Macht ausüben. Auch die Dominanz der ökonomischen Imperative ist diskutiert worden, etwa von Wolfgang Streeck. Lukas Oberdorfer hat auf den Charakter von Entscheidungen etwa in der Finanzkrise – Austeritätsregeln, Fiskalpakt, die faktische Entmachtung der Regierung in Griechenland – hingewiesen, die Elemente formaler Demokratie aushebeln.

Eine lineare oder gar unabänderliche Entwicklung der Entdemokratisierung ist damit aber nicht behauptet. Immer wieder haben sich Menschen gegen autoritäre Zurichtungen, für soziale Demokratie und persönliche Freiheit eingesetzt – und waren damit erfolgreich. „Der Kapitalismus scheint sich selbst von der Demokratie zu trennen“, heißt es in einem von Alex Demirović herausgegebenen kritischen Sammelband. Eine Antwort auf Gefährdungen der Demokratie bleibt aktuell: die Suche nach neuen, vertieften Formen der Beteiligung und Selbstbestimmung.

Zum Weiterlesen

Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover 2006 ff.

Martin Beck, Ingo Stützle (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin 2018

Lia Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann und Anne Steckner: Gramsci lesen – Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg 2013

Sonja Buckel: Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute, in: Oliver Eberl und David Salomon (Hrsg.), Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie, Staat – Souveränität – Nation, Wiesbaden 2017

Alex Demirović (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster 2016



Blaupause autoritärer Verfassungspolitik

Wie Ungarn rechte und nationalistische Regierungspolitik per Umbau von Gesellschaft und Staatsapparaten absichert. Von Maximilian Pichl

Spätestens seit dem ungarischen Wahlkampf von 2018 ist der Umgang der EU mit der autoritären Rechten zu einem zentralen europapolitischen Thema geworden. Die seit 2010 in Ungarn regierende Fidesz-Partei unter ihrem Vorsitzenden Viktor Orbán hatte mit antisemitischen Kampagnen gegen den jüdischen Unternehmer George Soros und die Central European University sowie mit antieuropäischen Plakat-Aktionen für Aufsehen gesorgt. Auch die Europäische Volkspartei, in der Fidesz weiterhin vertreten ist, musste sich nach erheblichem öffentlichen Druck die Frage stellen lassen, wie sie sich zu Orbáns autoritärer und völkischer Regierungspolitik positioniert.

Indes vollzieht sich in konjunkturellen Schüben bereits seit den 1990er Jahren ein autoritärer Umbau der ungarischen Gesellschaft und der Staatsapparate, der von der EU nicht nur ignoriert, sondern lange Zeit geduldet wurde. Seit dem Machterfolg von Fidesz im Jahr 2010 und der anschließenden Verfassungsreform gilt Ungarn als Blaupause für erfolgreiche autoritäre Strategien.

Unter dem Begriff des „autoritären Konstitutionalismus“ werden in jüngerer Zeit verschiedene Debatten aus der Rechts- und Politikwissenschaft geführt, um die spezifische Verfassungspolitik von autoritären Bewegun-

gen zu verstehen. Der Mainstream versucht dabei, die autoritäre Verfassungspolitik eindeutig von liberalen Verfassungsprojekten abzugrenzen. Der Rechtswissenschaftler Günter Frankenberg weist allerdings darauf hin, dass autoritäre Verfassungsprojekte selten mit einem klaren Bruch des liberalen Konstitutionalismus einhergehen. Ohnehin sei die Frage relevanter, warum autoritäre Parteien und Bewegungen überhaupt ein Interesse an Verfassungspolitik haben, schließlich könnten sie es genauso gut dabei belassen, ihre Politik über die reale exekutive Macht in den Ministerien durchzusetzen.

Verfassungen sind aber nicht nur Regelwerke, die ein Regierungssystem strukturieren. Gerade für autoritäre Akteure sind Verfassungen ein wichtiges Vehikel, um einerseits ihre Politik zu legitimieren und andererseits ihr spezifisches Publikum zu adressieren. Die neue ungarische Verfassung von 2011 ist dafür ein paradigmatisches Beispiel.

Als Fidesz die Parlamentswahlen von 2010 deutlich gewann und damit die sozialistische Regierung ablöste, bezeichnete Viktor Orbán diesen Moment als „Revolution an den Wahlurnen“. Konsequenterweise wurde rasch nach dem Wahlsieg der Weg für ein neues Verfassungsprojekt bereitet. Fidesz konnte dabei

auf die Mobilisierung antikommunistischer Ressentiments setzen. Denn nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnten sich die damaligen politischen Akteure am runden Tisch nicht auf ein vollkommen neues Verfassungsprojekt einigen. Aus diesem Grund wurde die sozialistische Verfassung von 1949 zwar durch zahlreiche Reformen in einem liberaldemokratischen Sinne verändert, aber eben nicht gänzlich abgelöst.

Der Verfassung haftete daher im politischen Diskurs stets das Problem an, dass sie nicht durch das „Volk“ demokratisch legitimiert worden war und zudem vermeintlich in der „sozialistischen Tradition“ stand. Durch das Verfassungsprojekt von 1989 wurde zugleich das ungarische Verfassungsgericht zu einem mächtigen Akteur ausgebaut, und selbst in liberalen Kreisen wurde mitunter Kritik daran geäußert, dass der politische Prozess durch das Gericht zu sehr eingeschränkt würde. An diese Kritiken an der ungarischen Verfassung konnte Fidesz anknüpfen, um ein eigenes Verfassungsprojekt als Bruch mit dem Realsozialismus zu inszenieren.

Dabei stellt auch das neue ungarische Grundgesetz von 2011 keinen radikalen Bruch mit der Vorgängerverfassung dar, beispielsweise wurden der Grundrechtekatalog und

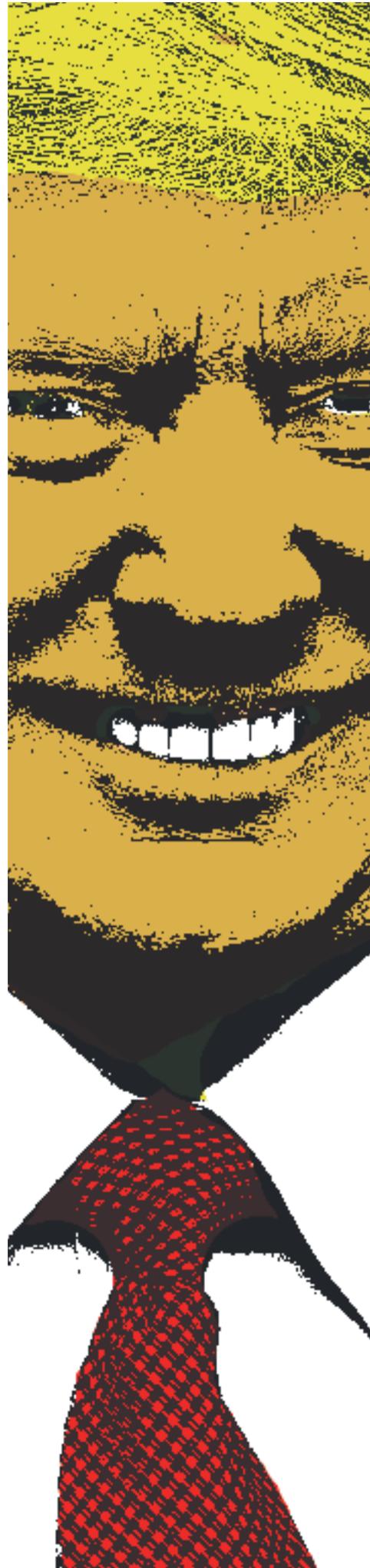
große Teile der Staatsorganisation weitestgehend übernommen. Eine zentrale Veränderung ist aber die neue Präambel des Grundgesetzes, die unter dem Begriff des „nationalen Bekenntnisses“ firmiert, die Verfassung ethnonationalistisch konturiert und von Orbán und anderen Fidesz-Politikern in alltäglichen politischen Auseinandersetzungen aufgerufen werden kann.

Während Präambeln in anderen Verfassungen mitunter nur eine symbolische Funktion haben, wurde eine Regelung eingefügt, der zufolge die Bestimmungen des Grundgesetzes im Einklang mit dem „nationalen Bekenntnis“ zu interpretieren sind. In diesem „nationalen Bekenntnis“ heißt es beispielsweise: „Wir sind stolz darauf, dass unser König, der heilige Stephan I., den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf festen Fundamenten errichtete und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas machte.“ Durch diese Formulierung wird die ungarische Nation in eine angeblich widerspruchsfreie „tausendjährige Geschichte“ eingefügt. Zugleich wurde der Begriff der „Republik“ nicht nur aus dem Grundgesetz getilgt, sondern auch von den Namenstafeln an den ungarischen Grenzen entfernt.

Das „nationale Bekenntnis“ konstruiert Europa zudem eindeutig als christliche Gemeinschaft. Viktor Orbán nahm explizit Bezug auf das Grundgesetz, als er muslimische Flüchtlinge als „Invasoren“ bezeichnete und sich unter anderem aus verfassungspolitischen Gründen dagegen aussprach, ihnen in Ungarn Schutz zuzuerkennen.

Nach dem Wahlsieg von 2018 ging die Regierung sogar noch einen Schritt weiter und fügte in die Verfassung das Verbot ein, „fremde Völker“ in Ungarn anzusiedeln. Zwar richtete sich diese Verfassungsänderung explizit gegen die Pläne der EU, eine Verteilung von Asylsuchenden auf alle Mitgliedsstaaten zu beschließen, zugleich konnte das Verbot der Ansiedlung aber an den ohnehin in der Verfassung angelegten Ethnonationalismus anknüpfen. Die Verfassungspolitik à la Orbán fungiert damit als Propagandainstrument, um die ungarische Bevölkerung einerseits als angeblich homogene Nation zu adressieren und andererseits eine Politik der nationalistischen Exklusion zu legitimieren.

Auch das ungarische Verfassungsgericht wurde durch das neue Grundgesetz von 2011 in seinen Kompetenzen beschränkt. An diesem Vorgang zeigt sich sehr klar, mit welchen Mitteln autoritäre Regierungen ihre Macht im Staat befestigen, indem sie Kontrollinstanzen auf Linie bringen. Durch das Grundgesetz wurde die Zahl der Verfassungsrichter*innen erhöht, sodass Fidesz mit seiner Mehrheit im Parlament parteikonforme Personen berufen konnte. Parallel erließ die Regierung ein Gesetz, durch das ein Zehntel der ungarischen Richter*innen frühverrentet wurde, womit sich erneut die Möglichkeit ergab, die Stellen mit den eigenen Leuten zu besetzen.



Die polnische PiS-Regierung nahm sich an dieser Maßnahme ein Beispiel und schickte 2018 unter anderem die Präsidentin des Verfassungsgerichts, Małgorzata Gersdorf, in den zwangsweisen Ruhestand – der Europäische Gerichtshof stoppte indes die Maßnahme.

Die Personalpolitik ist nichtsdestotrotz einer der wichtigsten Hebel autoritärer Akteure, um ihre Politik auf Dauer zu stabilisieren. Gegenüber der Europäischen Kommission kann Fidesz darauf verweisen, dass Richter*innen auch in anderen Mitgliedsstaaten gewählt werden, zum Beispiel steht selbst der Wahlausschuss in Deutschland aufgrund seiner Abhängigkeit von parteipolitischen Kompromissen zuweilen in der Kritik.

Neben personellen Umstrukturierungen wurde dem ungarischen Verfassungsgericht verboten, Steuer- und Finanzgesetze zu überprüfen. Die Steuerpolitik wurde von Fidesz in der Folge dazu genutzt, gegen unliebsame zivilgesellschaftliche Akteure vorzugehen. In den Jahren 2017 und 2018 verabschiedete das Parlament Gesetzgebungspakete, aufgrund deren zivilgesellschaftliche Organisationen Sondersteuern zahlen müssen, wenn sie finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten oder durch ihre Aktivitäten „Migration fördern“. Infolge der Verfassungsänderung konnten die betroffenen Organisationen keinen Rechtsschutz vor dem ungarischen Verfassungsgericht erhalten, sondern mussten Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erheben, dessen Urteil noch aussteht. Fidesz' Strategie im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wird zuweilen sogar von nationalkonservativen Akteuren wie der CDU übernommen, wie die Forderung einiger Unionspolitiker zeigt, die Flüchtlingsräten die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit entziehen wollen.

Das ungarische Grundgesetz zielt im Kern darauf ab, die Macht der Regierungspartei Fidesz zu stabilisieren, indem deren nationalistische Ideologie in einen verfassungsrechtlichen Mantel gehüllt wird. Auf diese Weise sollen nicht nur die realen demokratischen Handlungsoptionen für gegenhegemoniale Strategien verschlechtert werden, sondern selbst im überraschenden Fall eines Wahlsieges könnte eine neue Regierung zentrale Elemente des autoritären Konstitutionalismus kaum innerhalb einer vierjährigen Wahlperiode zurückdrehen. Das ungarische Beispiel zeigt vor allem, dass man autoritäre Akteure keinesfalls unterschätzen sollte. Ihre Strategien sind langfristig angelegt und in der Lage, Staatsapparate umfassend in ihrem Sinne zu verändern.

Maximilian Pichl ist Rechts- und Politikwissenschaftler. Der Artikel basiert lose auf einem englischsprachigen Beitrag für den Sammelband „Authoritarian Constitutionalism“, der von Helena Alviar García und Günter Frankenberg herausgegeben wird und im Mai 2019 bei Edward Elgar Publishing erscheint.

Bedenkliches Gelände: Wie robust ist das Grundgesetz?

Warum der Jurist Maximilian Steinbeis davor warnt, uns in Sicherheit zu wiegen. Von Vincent Körner

„Wie robust ist das Grundgesetz?“, diese Frage warf unlängst der Jurist Maximilian Steinbeis auf – nicht zuletzt der Blick nach Ungarn und Polen gebe „Anlass zur Beunruhigung“.

Zwar bringe das Grundgesetz sich mit der relativ hohen Hürde einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat für Verfassungsänderungen „selbst in Sicherheit vor den Mühlsteinen der politischen Auseinandersetzung um Mehrheit oder Minderheit“, heißt es in einem Aufsatz von Steinbeis in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (16–17/2019). Doch diese Sicherheit sei „im achten Jahrzehnt der Geltungsdauer“ an einigen Stellen „prekär geworden“.

Der Jurist verweist hier ausdrücklich auf den autoritären Konstitutionalismus in Ungarn und Polen (siehe den Beitrag von Maximilian Pichl). Beide Fälle hätten „gemeinsam, dass die Unterscheidung zwischen Gesetzes- und Verfassungsänderung systematisch und radikal unterlaufen“ werde. Beispielhaft lasse sich dies an der in den beiden osteuropäischen Staaten durchgesetzten Neutralisierung der Verfassungsgerichte zeigen. Ist so etwas auch in der Bundesrepublik denkbar, die gerade 70 Jahre Grundgesetz gefeiert hat? Auch hierzulande hat „Karlsruhe“ eine besondere Stellung, das Gericht spielt auch in der politischen Debatte eine wichtige Rolle. Doch wie robust wäre die deutsche Verfassungsordnung, setzte man einmal eine ähnliche Entwicklung wie in Ungarn und Polen voraus?

Steinbeis' Schlussfolgerung: Zwar sind Existenz und Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts in der Verfassung verankert und können damit nicht einfach verändert werden. Wohl aber lassen sich zum Beispiel Details der Richterwahl durch einfache Gesetzgebung verändern: „Eine einfache Mehrheit im Bundestag wäre befugt dazu, das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Richter einfach aus dem Gesetz zu streichen. Sie könnte die Besetzung der Stellen sich selbst vorbehalten, ohne künftig die Opposition zu beteiligen. Sie könnte auch die Zahl der Richter in den Senaten erhöhen und sich so die Gelegenheit verschaffen, auf einen Schlag eine größere Zahl von Stellen mit eigenen Leuten zu besetzen.“

Ebenso sei nicht ausgeschlossen, dass eine Regierung per Gesetzesänderung „die Gefahr verfassungsgerichtlicher Interventionen beim Umsetzen ihres politischen Programms möglichst minimiert“. Eine Parlamentsmehrheit „könnte aber auch noch auf andere Gedanken kommen. Heute sind im Senat fünf von acht Stimmen notwendig, um ein Gesetz für verfassungswidrig und/oder nichtig zu erklären. Warum nicht aus der absoluten eine Zweidrittelmehrheit machen? Dann müssten schon sechs von acht Senatsmitgliedern der gleichen Meinung sein, um ein Gesetz als verfassungswidrig zu kippen. Eine Sperrminorität von drei Richtern reicht aus, und das Gesetz kommt durch. Das kann sehr nützlich

sein, wenn man sich auf verfassungsrechtlich bedenkliches Gelände wagen möchte.“

Steinbeis warnt davor, sich darauf zu verlassen, dass „das Bundesverfassungsgericht solchen Manipulationen vermutlich nicht tatenlos zuschauen“ und solche Gesetzesänderungen „für verfassungswidrig und nichtig“ erklären werde. Karlsruhe habe „den Spielraum des Gesetzgebers, die Verfahrensdetails nach eigenem Gutdünken zu regeln, einst selbst sehr großzügig bestimmt“. Und außerdem hat es Änderungen, etwa was die Amtszeit und die Zahl der Richter*innen pro Senat betrifft, in der Vergangenheit schon gegeben.

Wer immer solche Pläne hat, könnte sich darauf berufen. Steinbeis führt zudem noch weitere verfassungsrechtliche Argumente an, die es verbieten, sich in Sicherheit zu wiegen. „Ist das Verfassungsgericht als Hindernis erst einmal eliminiert, bliebe nicht mehr allzu viel, was sich dem De-facto-Umbau der Verfassungsordnung durch einfache Parlamentsmehrheit noch in den Weg stellen könnte“, so der Jurist, der Gründer und Herausgeber des „Verfassungsblogs“ ist. Hier könnten dann Bundeswahlgesetz, Parteiengesetz und Geschäftsordnung des Bundestages in Gefahr geraten. „Ob das Grundgesetz robust genug wäre, um einem Angriff wie in Polen oder Ungarn standzuhalten, erscheint somit zumindest zweifelhaft“, schlussfolgert Steinbeis. Es „kann und sollte aus den polnischen und ungarischen Erfahrungen gelernt werden“.

Kampf gegen die Medien, Kampf um die Medien

Donald Trump drohte der Presse, sie sei ein „Feind des Volkes“. In der Türkei sind ungezählte Journalist*innen in Haft. Autoritäre Regierungen haben existierende plurale durch staatlich gelenkte Öffentlichkeiten ersetzt. Und weltweit machen rechte Parteien gegen Medien und die angebliche „Lügenpresse“ Front. „Die Konzentration der Autokraten auf die Medien ist kein Zufall, sondern verweist auf deren grundlegende Funktion“, so der Soziologe Armin Nassehi. „Wenn es stimmt, dass wir das meiste von dem, was wir wissen, aus den Massenmedien wissen, dann bestimmt derjenige, der die Medien kontrolliert, darüber, was wir wissen (können und sollen).“

Der prekäre werdende Zustand der Pressefreiheit weltweit gibt darüber Auskunft (siehe Seite 24). Exemplarisch kann der Kampf um und gegen die Medien am Beispiel Österreich gezeigt werden. Dort ist die im Mai geplante Regierungskoalition immer unverhohlener vor allem gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu Felde gezogen, bekannt wurden unter anderem die Rauswurf-Forderungen gegen den ORF-Moderator Armin Wolf. Die FPÖ schieße „sich seit vielen Jahren“ auf den öffentlichen Sender ein, beklagte der Vorsitzende des Redakteursrats, Dieter Bornemann. „Sie polemisiert gegen die Gebührenfinanzierung und kritisiert einzelne Journalisten persönlich.“ Solche Ver-

suche der Einschüchterung dienen nicht nur der Angstmache, sondern der generellen Diskreditierung bestimmter Medien.

Umgekehrt bemühen sich Akteure der autoritären Rechten, entweder über wirtschaftliche Hebel selbst einen Einfluss auf die Berichterstattung zu erreichen, oder es werden Strukturen einer „parallelen Öffentlichkeit“ geschaffen. Dies geschieht unter anderem über „eigene Medien“, die dann die „ungeschminkte Wahrheit“ verbreiten sollen. Solche Strategien der Wissensrelativierung finden in sozialen Netzwerken Verstärkung.

Stellt man sich den Angriff gegen die freie Presse „als kontinuierliche Entwicklung vor, steht Deutschland noch ziemlich am Anfang, weit fortgeschritten ist sie in Ungarn. Dazwischen liegen Frankreich, Italien, Österreich, Polen“, heißt es in der „taz“, die ein groß angelegtes Rechercheprojekt zu den Strategien der autoritären und neurechten Akteure in Europa verfolgt. „Die öffentlich-rechtlichen Medien unter Kontrolle bringen, die privaten diffamieren und unter Druck setzen – das ist ein Teil der Medienstrategie von Europas Rechtspopulist*innen.“ Je stärker die Glaubwürdigkeit etablierter Medien untergraben werde, „desto bessere Chancen haben die rechten Propagandaorgane, Gehör zu finden“.



Trotz starker Polarisierung

Indiens Demokratie ist nicht in Gefahr. Von Subrata K. Mitra

Premierminister Modi ist das Gesicht für Indiens Ansprüche im 21. Jahrhundert und polarisiert im Inland wie im Ausland. Die Gegensätze sind greifbar – einerseits das Selbstbewusstsein und der Schwung des aufstrebenden Indiens, verkörpert durch den Regierungschef, andererseits die mahnenden Stimmen der indischen „Säkularisten“. Abgesehen von der Zeit zwischen 1975 und 1977, als unter der autoritären Premierministerin Indira Gandhi in Indien der Ausnahmezustand herrschte, war die politische Kluft in der Gesellschaft selten so groß wie heute. Vor dem Hintergrund tief sitzender Ängste und gravierender Konflikte in der heutigen indischen Politik stellt sich die Frage, ob Indien nach den Wahlen noch eine funktionierende Demokratie sein wird, wie in den vergangenen 70 Jahren seit der Unabhängigkeit.

Ich bin der Ansicht, dass in Indien trotz der starken Polarisierung die demokratische Ordnung auch nach den Wahlen fortbestehen wird. Gleichwohl könnte sich die politische Landschaft radikal verändern. Diese Vermutung lässt sich anhand zahlreicher Faktoren belegen, etwa des in der gesamten indischen Gesellschaft tief verwurzelten Gefühls der eigenen Wirkmächtigkeit oder der Legitimation und des Vertrauens in die demokratischen Institutionen. So antworteten etwa auf die Frage „Glauben Sie, dass Ihre Wahlstimme den Unterschied machen kann?“ 1971 noch 48,5 Prozent der Menschen mit Ja, während es 2009 bereits 59,5 Prozent waren.

Bei Umfragen in den Jahren 1996 und 2004 schätzten vor allem gut qualifizierte Männer der Oberschicht und aus höheren Kasten die eigene Wirkmächtigkeit am höchsten ein. Gleichzeitig tauchen in dieser Kategorie auch Angehörige niedriger Kasten sowie religiöser Minderheiten wie Muslime und Christen auf. Das ist die Folge der politischen Mobilisierung ambitionierter Politiker*innen, die die Interessen bestimmter Teile der Wählerschaft vertreten. Ein ähnliches Muster lässt sich bei der Frage der Legitimation demokratischer Institutionen feststellen. Beeindruckenderweise ist die Zahl derjenigen, die das politische System als legitim ansehen, von 43,4 Prozent im Jahr 1971 auf 56,4 Prozent im Jahr 2009 gestiegen.

Die Artikulation von Unzufriedenheit bei Wahlen ist ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie, in der die Menschen das Gefühl haben, ihre Beschwerden auch kundtun zu können. Was die Belastbarkeit einer Demokratie letztendlich ausmacht, ist die Fähigkeit des politischen Systems, diese Beschwerden mithilfe der Institutionen aufzufangen und zu verarbeiten und auf diese Weise die Unzufriedenheit in der Gesellschaft zu begrenzen. In Indien gibt es zahlreiche solcher Mechanismen wie eine freie Presse, eine unabhängige Justiz oder eine starke Legislative, wie etwa ersichtlich beim Informationsfreiheitsgesetz („Right to Information“), das Regierungsarbeit und Verwaltungshan-

deln transparent machen soll. Darüber hinaus sind die Wahlen selbst Geburtshelfer des politischen Wandels. Jede Wahl ermöglicht die öffentliche Auseinandersetzung mit der amtierenden Regierung, und allein in den vergangenen fünf Jahren haben Wahlen in mehreren Unionsstaaten zu Machtwechseln geführt.

Die indische Auffassung, es existierten ausgleichende Kräfte, ist tief im politischen System verwurzelt, wobei die Macht zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative verteilt ist. Gleichzeitig gibt es eine vertikale Machtverteilung zwischen Zentralregierung, Landesregierungen und mehr als einer halben Million Gemeinderäte. Die Verwaltung und die Sicherheitskräfte verhalten sich neutral und professionell – und all das unter den Augen unabhängiger Gremien wie der Wahlkommission und der Justiz.

Subrata K. Mitra ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften am Südasien-Institut der Universität Heidelberg. Er war Direktor des Instituts für Südasien-Studien und Gastprofessor an der National University of Singapore. Der Text ist ein Auszug aus „Demokratie und Unzufriedenheit. Indien vor politischer Richtungsentscheidung bei den Parlamentswahlen 2019“ aus der Reihe „rls-Standpunkte“. Aus dem Englischen von Stefan Mentschel, Leiter des Regionalbüros Südasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi.

Lange Schatten der Geschichte

Autoritarismus hat es im kolonialen wie im postkolonialen Indien immer gegeben.

Kritiker sehen die Geister wieder aus der Winterstarre erwacht. Von Vincent Körner

Seit der Unabhängigkeit 1947 konnten alle indischen Parlamentswahlen als die nach Stimmberechtigten größten demokratischen Voten weltweit bezeichnet werden. Bei der diesjährigen Abstimmung, hat die Zahl der Wahlberechtigten nahe an 900 Millionen gelegen. Der Sieger: Narendra Modi und seine hindunationalistische Indische Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP).

Modi hatte die Partei schon 2014 zum Wahlerfolg geführt. Der drittgrößten Volkswirtschaft Asiens hatte er nicht zuletzt ökonomische Entwicklung versprochen. Das meiste, so bilanzierte unlängst eine Zeitung, hat er in den ersten fünf Jahren seiner Regierung „nicht gehalten“. Dennoch kann sich der Premier auf breite Rückendeckung stützen. Und das hat viel mit nationalistischen und rechtspopulistischen Tönen zu tun.

„Die indische Demokratie steht heute ganz klar am Scheideweg“, so hat es unlängst Richa Singh formuliert, die Direktorin des Centre for Democracy and Social Action in Neu Delhi. Modi inszeniere sich „als die Stimme des Volkes und die Verkörperung der Nation“, was seine Person über die demokratischen Institutionen stelle und jegliche Opposition disqualifiziere.

Wer immer den Kurs Modis kritisiere, gelte schnell als Gegner der Nation oder ausländischer Agent. Und der öffentliche Diskurs wurde gedreht: Ging es 2014 ähnlich wie nun im Wahlkampf vor allem um wirtschaftliche Ent-

wicklung, prägten die BJP und ihre Vorfeldorganisationen der Debatte bald einen ganz anderen Tenor auf: Lynchmorde an Muslimen, das Rindfleischverbot der BJP oder „die fort-dauernde Instrumentalisierung nationaler Ressentiments“ seien bestimmend geworden, heißt es in Singhs Beitrag für die Böll-Stiftung. „Die aktuelle Welle populistischer Politik wird dabei von einer wachsenden Ungerechtigkeit, Korruptionsskandalen und Protesten von Bürgern gegen die politische Klasse genährt.“ Die autoritäre Wende stütze sich auf aggressive hindunationalistische und fundamentalistische Elemente, aber auch auf das Bild einer „Männlichkeit, die die verletz-bare Nation schützt“. Singh spricht von einem „Angriff auf den Säkularismus, Minderheitenrechte und Gleichheit“.

Schon etwas älter ist die kritische Einschätzung von Ravi Ahuja, der „Einschränkungen von Freiheitsrechten unter der jetzigen Regierung mit Sorge registriert“. Ahuja leitet die Forschungsgruppe „Moderne Indische Geschichte“ am Centre for Modern Indian Studies der Universität Göttingen und betont die „lange Geschichte“ des Autoritarismus „im kolonialen wie im postkolonialen Indien“. Vieles erlange „in der derzeitigen, global von ökonomischer und sozialer Instabilität geprägten Situation lediglich eine neue Intensität“.

Für den Historiker stellt sich unter anderem die Frage, wie „sich auf einer von großen

Teilen der Bevölkerung hoch geschätzten demokratisierten Grundlage autoritäre Potenziale erneuern und festsetzen“ konnten. Für Indien, aber nicht nur, sieht Ahuja keinen „einheitlichen, homogenen“ Autoritarismus, sondern Momente, die „zeitweise oder regional begrenzt aus der Winterstarre“ erwachen können.

Zu diesen Potenzialen zählt Ahuja „erstens einen religiös-völkischen Rechtsextremismus“, der sich ab Mitte der 1920er Jahre formierte – der sowohl vom damaligen Aufschwung des europäischen Faschismus geprägt war als auch eigenständige, in angespannten Sozialstrukturen wurzelnde wie auch aus dem kolonialen Kontext erwachsene Wurzeln aufweist.

Auch das zweite Potenzial des indischen Autoritarismus sieht Ahuja nicht losgelöst von der kolonialen Vergangenheit: den Law-and-Order-Konservatismus. Eine weitgehende Zentralisierung der politischen und militärischen Gewalt erschien nach der Unabhängigkeit als nötig, weil mit der Loyalität des kolonialen Staatsapparats nicht zu rechnen war. Außerdem sollte „eine politische Demobilisierung der indischen Gesellschaft“ erreicht werden, um das Aufflammen sozialer Bewegungen einzudämmen. Hier wirkten auch die vom britischen Kolonialregime erlassenen Gesetze nach, die das Recht auf Meinungsfreiheit einschränkten oder einen weit gefassten „Aufuhrparagrafen“ kannten – der ▶

Europa und Bannons rechte Bewegung

Wann immer der ehemalige Trump-Berater und Ex-Chef der rechtsradikalen Website „Breitbart“ durch Europa reist, ist ihm die Aufmerksamkeit der Medien gewiss. Kurz vor den Europawahlen tourte der selbsternannte Netzwerker wieder einmal durch EU-Staaten, hofierte rechte Parteien und Politiker – und hielt selbst Hof. Kritische Nachfragen in Zeitungsinterviews, so kritisierte ein deutsches Blatt, habe er dabei kaum zu fürchten.

Fragen etwa nach den Quellen der Gelder, die Stephen Bannon Rechtsparteien verspricht. Eine Dokumentation von France 2 hatte ein Beispiel für solche Finanzierungsangebote gezeigt, die Bannon Politikern des rechten Rassemblement National unterbreitet hatte. Auch in anderen Ländern wird seit Längerem schon auf die dunklen Kanäle verwiesen, aus denen offenbar Gelder in den Aufbau und die Stärkung rechter Parteien fließen.

Als ein möglicher Herkunftsort wird dabei immer wieder Russland genannt. Hinweise darauf, dass Moskau europäische Rechtsparteien „unterstützen könnte, gibt es viele“, heißt es beim Rechercheprojekt „Europe's Far Right“. Wladimir Putin habe Marine Le Pen „bereits mit Krediten“ geholfen, „tanzte auf der Hochzeit von Österreichs Außenministerin Karin Kneissl“, und zudem hätten italienische Medien berichtet, Italiens rechtsradikaler Innenminister Matteo Salvini „habe

beim russischen Präsidenten angeklopft, um mit einem schmutzigen Öldeal seinen EU-Wahlkampf zu finanzieren“.

Auch Bannon hatte großspurig angekündigt, eine rechte Bewegung in Europa aufzubauen. In Frankreich erklärte der Strippenzieher, ein starkes Abschneiden des Rassemblement National würde die Wiederwahl Trumps erleichtern. Schon seit 2017 versucht Bannon mithilfe der rechten „The Movement“-Stiftung in Brüssel eine Art „Supergroup“ der autoritären und rechten Kräfte in Europa zu schmieden. Offenbar mit geringem Erfolg: „Wenn es um konkrete Zusammenarbeit mit Bannon geht, winken Europas Rechtspopulisten einer nach dem anderen ab“, so die „taz“ im Mai 2019.

Dennoch rücken autoritäre und rechte Kräfte organisatorisch zusammen. Im Frühjahr haben europäische Rechtspopulisten aus Italien, Dänemark, Finnland und Deutschland eine Allianz verkündet, Parteien aus Frankreich und Österreich haben sich angeschlossen. Die „Europäische Allianz der Völker und Nationen“ ist mit Blick auf die Zeit nach den Europawahlen aus der Taufe gehoben worden, es geht um Fraktionsbildung und Kooperation auf EU-Ebene. Dabei zeigten sich immer deutlicher auch die Differenzen der autoritären Kräfte untereinander, doch auch Strippenzieher Bannon blieb vor der Abstimmung optimistisch: „Die Dynamik ist auf unserer Seite.“

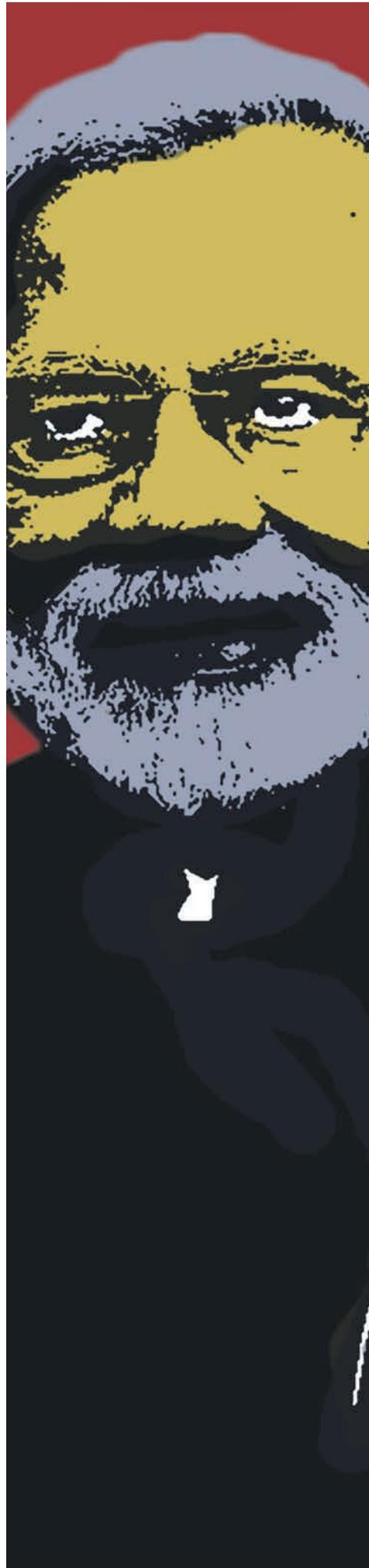
- auch heute noch „gegen als ‚antinational‘ gebrandmarkte Studierende, Intellektuelle, Journalistinnen, Künstlerinnen und NGO-Aktive in Stellung gebracht“ wird.

Das dritte Potenzial des indischen Autoritarismus beschreibt Ahuja als „sozialtechnisch-wirtschaftsplanerischen Dirigismus“. Dahinter hätten stets „diffuse Interessenkonstellationen“ gestanden. Gemeinsam sei ihnen allerdings gewesen, „dass sie Planung als bürokratischen und nicht als demokratischen Prozess begriffen“. Eine bürokratische Elite „formte“ die Ökonomie, „während von der Bevölkerung Disponibilität bei der Umsetzung der Pläne“ erwartet wurde.

Das Interessante an Ahujas Perspektive ist, dass sie den Übergang von den Kolonialzeiten zur indischen Demokratie berücksichtigt. Die autoritären Potenziale waren dabei „nicht einfach Überhänge einer autoritären kolonialen Vergangenheit oder Importe von Glanzleistungen europäischer Zivilisation. In ihrer erneuerten Gestalt waren sie das paradoxe Produkt des Demokratisierungsprozesses der Dekolonisation.“ In verschiedenen Phasen der jüngeren indischen Geschichte konnte zum Beispiel das rechtsextreme Potenzial mal isoliert werden, mal wurde es wieder hoffähig. Auch könne von einer vollständigen Demobilisierung der sozialen Bewegungen nicht die Rede sein.

Richa Singh verweist auf den Widerstand von Richtern des Obersten Gerichtshofes, Journalisten, Künstlern und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Modis autoritären Kurs. Dennoch, so Ahuja, „haben alle drei Potenziale des Autoritarismus lange Schatten auf die indische Gegenwart geworfen“. Solange diese Schatten voneinander getrennt blieben, waren „die demokratischen Gegenkräfte ihnen gewachsen“. In jüngerer Vergangenheit hätten sich die Anzeichen gemehrt, dass diese Schatten „zusammenfallen und einander verstärken“. Zumal in einer Zeit, auch darauf weist Ahuja hin, in der auch Europa, das gern „anderen Kulturen und Traditionen Unterricht in Sachen Demokratie geben will“ (Giorgio Agamben), mit „eigenen autoritären Schatten“ zu kämpfen hat.

Singh hat auf ein ökonomiepolitisches Moment von Modis Autoritarismus hingewiesen: In Sachen wirtschaftlicher Fortschritt verlasse der sich „eher auf Märkte und Geschäftsleute“, kombiniere seine „marktfreundlichen Elemente“ (neues Insolvenzrecht, Reform der indirekten Besteuerung) bisweilen aber mit Angeboten für die ärmeren Schichten (Bankkonto für Arme, Darlehensverzichte in der Landwirtschaft).



Dies wirft die Frage nach den politökonomischen Fundamenten des neuen Autoritarismus in Indien auf. Auch wenn die Rede vom bis dato „weltweit größten Generalstreik“ in Indien im Frühjahr 2019 eine Mär ist, verweisen die immer wieder aufflammenden Proteste auf die sozialen Widersprüche. John P. Neelsen, der unter anderem als Soziologie an der Universität Tübingen gelehrt hat, sieht Indien mit einem „Wachstum ohne Entwicklung“ konfrontiert, das auf einen für die Dritte Welt typischen „peripheren Kapitalismus“ hinauslaufe.

Anders als die entwickelten kapitalistischen Länder des Nordens zeichnet diesen ein Prozess des immerwährenden Übergangs aus, eine Erstarrung im historischen Frühstadium des Kapitalismus sozusagen. Indien gehe „direkt von einer Agrar- in eine Dienstleistungsgesellschaft über“, in der Landwirtschaft ist die Beschäftigung vergleichsweise stark geblieben, es gibt aber Hinweise „auf eine beträchtliche Überbeschäftigung bzw. geringe Produktivität“. Wie vier Fünftel der Bauern und Handwerker seien auch die vielen Kleinhändler eher Scheinselbstständige. Das hat unter anderem zur Folge, „dass die Entwicklung von Klassen und Klassenbewusstsein von Menschengruppen gleicher/ähnlicher objektiver Lage unter peripher-kapitalistischen Bedingungen dauerhaft durch Kasten-, Geschlechts- und religiöse Zugehörigkeit überlagert und konterkariert, jedenfalls drastisch erschwert wird“.

Laut Neelsen fördert die Entwicklung in Indien „Ungleichheit und Ausbeutung, radikalisiert Sozialbeziehungen, enteignet und verarmt die Mehrheit ohne Aussicht auf kompensatorische Leistungen eines Sozialstaats. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze, Aspirationen nach höherer Ausbildung als Voraussetzung für höhere Einkommen und Konsumchancen wächst. Gleiches gilt für den Zugang zum Staat und seinen Ressourcen. Das Bevölkerungswachstum beschleunigt und verschärft die sozialen Widersprüche“, so Neelsen.

Hier liegt laut Singh auch ein Treibstoff für den neuen Autoritarismus in Indien, der Kraft daraus beziehe, Gruppen „nach ihrer Religion, Kaste oder Klasse gegeneinander“ auszuspielen. In der ersten Amtszeit Modi war dies von einer Verschmelzung von politischem Stil, Ideologie und Identitätspolitik charakterisiert. In Wahlkampfzeiten wie jetzt werden die sozialen und ökonomischen Fragen stärker betont. „Demokratie ist für Modi und für die meisten anderen Populisten in erster Linie dazu da, Wahlen zu gewinnen – und das will er um jeden Preis.“

Rechtsruck per Internet

Autoritäre Herrschaft bedient sich immer öfter eines Mediums, das einst als Demokratiemaschine galt. Von Kim Schröther

Europa, so versprach es Claudio Machado, der sich als „Konsul des Europäischen Konsulats“ vorstellte, werde „zehnmal mehr in Brasilien investieren“, sollte der rechtsextreme Jair Bolsonaro die Präsidentschaftswahl gewinnen. Die Meldung machte über WhatsApp die Runde, der Messenger hat in dem südamerikanischen Land rund 120 Millionen aktive Nutzer, mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl.

Das Problem: Es gibt gar kein „Europäisches Konsulat“ in Brasilien, die Meldung gehörte zu dem breiten Strom von Lügen, der bei der Wahl im Oktober 2018 nach Ansicht vieler eine mitentscheidende Rolle gespielt hat. Laut Zahlen der Agência Lupa, einer Organisation, die Fakten im Internet prüft, liefen unter den 50 am meisten geteilten Postings im brasilianischen Wahlkampf nur vier mit einem Inhalt, der als „komplett wahr“ eingestuft werden konnte. Medien enthüllten, dass hinter den Falschmeldungen auch zahlreiche Unternehmen standen, die einen Sieg des Kandidaten der Arbeiterpartei, Fernando Haddad, verhindern wollten. Mehrere Millionen seien dafür geflossen.

Fabrizio Benevenuto von der Universität UFMG in Belo Horizonte hat die Abstimmung denn auch als „WhatsApp-Wahlen“ beschrieben: Lügen-Kampagnen, gezielte Desinformation, Unglaubwürdigmachen der Konkurrenz, Verschwörungstheorien, Emotionalisierung – und das auch in anderen Netzwerken. Laut dem Umfrageinstitut Datafolha hatten 81 Prozent der Anhänger von Bolsonaro ein Social-Media-Konto, bei den Anhängern des linken Kontrahenten Haddad waren es nur 59 Prozent.

„Studien zeigen, dass ein Großteil der Brasilianer*innen seine politischen Inhalte ausschließlich über WhatsApp bezieht“, sagt der Brasilienkenner Niklas Franzen. Und: „Für die Rechten ist WhatsApp zur wichtigsten Waffe geworden.“ Wenn es dabei wie in den meisten Fällen zu Falschinformationen oder Manipulationen kommt, zeigen sich die zuständigen Aufsichtsbehörden überfordert, wie es auch Tai Nalon bestätigt, Expertin von der brasilianischen Faktencheck-Plattform Aos Fatos.

WhatsApp ist dafür auch deshalb besonders geeignet, weil das Vertrauen in klassische Medien und politische Institutionen in Brasilien stark gelitten hat. Wenn dann Bekannte oder Freunde Informationen in Chat-Gruppen weiterleiten, erscheinen diese glaubwürdiger und relevanter. Die Tendenz, sich in sozialen Netzwerken mit Gleichgesinnten zusammenzuschließen, hat die Fragmentierung der Öffent-

lichkeit beschleunigt, es bilden sich politische Echokammern.

Brasilien steht da keineswegs allein auf weiter Flur. Der dortige Wahlkampf 2018 ist beispielhaft für einen weltweiten Trend, der nicht weniger bedeutet als die völlige Umkehrung einer früheren Hoffnung: Das Internet und soziale Netzwerke galten, nicht zuletzt dank ihrer Rolle bei den Ende 2010 beginnenden Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, als Instrumente der Demokratisierung. Nicht nur sollten damit Mitbestimmung, Diskurs und Informationen leichter zugänglich werden; auch glaubte man zunächst, dass die Technik autoritäre Regime unter Druck setzen würde.

„Die sozialen Medien werden nicht mehr nur von einer Seite genutzt“, kritisieren Niklas Kossow und Ilyas Saliba den Mythos von der Demokratiemaschine Internet. „Sie sind kein reiner Katalysator für revolutionäre Bewegungen, sondern können inzwischen ebenso als Werkzeug von Sicherheitsbehörden und Staatspropaganda instrumentalisiert werden.“

Zwar greifen autoritäre Regime wie das in der Türkei auch heute noch zu Internetsperren. Anderswo, wie in China, sind bestimmte Netzwerke gar nicht erst erreichbar. Der dominante Modus aber besteht nicht mehr in Kontrolle und Sperrung, sondern in der Nutzbarmachung der Technik für autoritäre oder populistische Potenziale. Ein Beispiel dafür ist Donald Trump, und es ist kein Zufall, wenn der sich mit Vorwürfen auseinandersetzen muss, seine Kampagnen würden ausgerechnet von russischer Seite unterstützt.

Eine weitere Facette weist über den Einzelfall Brasilien hinaus: Der Aufstieg neuer autoritärer Politikformen wurde überall von „Fake News“ mitgetragen. Immer mehr Akteure bedienen sich „alternativer Wahrheiten“, spielen mit Emotionen und Aufmerksamkeits-effekten. So konnten bereits existierende Zweifel an demokratischen Institutionen verstärkt werden – in der Absicht, das Bedürfnis nach autoritären, nationalistischen, rassistischen „Lösungen“ zu befeuern.

Auch dafür steht der 2018er Wahlkampf von Bolsonaro exemplarisch. „Es geht ausschließlich um Emotionen und subjektive Wahrnehmungen statt um Fakten oder Argumente“, so Franzen in einer Analyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wahrheit werde radikal subjektiv definiert, Ästhetik habe Ethik verdrängt; Inhalte zählten nicht mehr, sondern nur noch die Art und Weise, wie etwas gesagt werde.





Liberale als Kakerlaken

Das autoritäre Regime von Rodrigo Duterte auf den Philippinen ist auf Gewalt gegründet. Von Kim Schröther

Mitte Mai dieses Jahres, Rodrigo Duterte war auf Werbetour für die Zwischenwahlen, als während seiner Rede eine Kakerlake über sein Hemd lief. Der philippinische Präsident wischte das Insekt weg und sagte, es handele sich wohl um einen Liberalen. Das war nicht nur eine Anspielung auf die wichtigste Oppositionspartei im Land, sondern steht exemplarisch für eine autoritäre Herrschaft, die von Dutertes aggressiver Rhetorik und der mörderischen Gewalt eines angeblichen „Drogenkrieges“ gezeichnet ist.

„Nach etwa der Hälfte seiner Amtsperiode trauen sich nur noch vereinzelte Journalisten, Menschenrechtler und Vertreter der katholischen Kirche, Kritik an seinen Methoden zu üben“, beschreibt die FAZ die Situation. Die Lage der Pressefreiheit ist schlecht, immer wieder kommt es zu Morden an Journalist*innen; oppositionelle Rechtsanwälte müssen um ihr Leben fürchten. Bei den Zwischenwahlen im Mai waren auch Sitze im Senat zu vergeben, der bisher ein Gegengewicht zu den schlimmsten Ausprägungen der Duterte-Herrschaft bildete. „Mit einem Senat unter seiner Kontrolle könnte dieser das Land weiter nach seinen Vorstellungen formen“, so die Zeitung. „Er könnte die Wiedereinführung der Todesstrafe durchsetzen. Er könnte die Verfassung so ändern, dass es keine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten mehr gibt.“

Die moderne politische Geschichte der Philippinen beginnt 1898 mit einer von den USA nicht anerkannten Unabhängigkeitserklä-

rung. Das Land wird zur amerikanischen Kolonie, im Zweiten Weltkrieg sind die Philippinen von Japan besetzt, 1946 erreicht das heute über 100 Millionen Einwohner*innen zählende Land die Eigenständigkeit. Doch die Republik bleibt prekär, 1972 verhängt Ferdinand E. Marcos das Kriegsrecht, es kommt in der Folge zu massiven Repressalien gegen Oppositionelle, 1983 wird Oppositionsführer Benigno Aquino ermordet. Drei Jahre später bricht nach einer gefälschten vorgezogenen Präsidentschaftswahl eine Protestwelle los, der Diktator flieht, Oppositionsführerin Corazon Aquino kommt ins Amt, das mit weitreichenden exekutiven Befugnissen ausgestattet ist.

Derer bedient sich nun auch Duterte. Kritiker sehen in dem Land eine „fehlerhafte Demokratie“, und das mag einem oft noch untertrieben erscheinen. In einer von religiös aufgeladenen Konflikten, Terror und staatlicher Repression gezeichneten Situation hat sich der frühere Staatsanwalt einen fragwürdigen Namen als Kriminalitätsbekämpfer gemacht, als Bürgermeister soll er mit Todesschwadronen paktiert haben.

Die Gewaltförmigkeit der Duterte-Herrschaft findet bis in seine Person hinein Ausdruck, der Mann rühmt sich, mindestens drei Menschen getötet zu haben. „Vergesst Gesetze und Menschenrechte“, mit dieser Parole endete 2016 sein Wahlkampf, in dem er mit dem Versprechen antrat, bis zu 100.000 Menschen umbringen zu lassen – die Duterte-Ver-

sion von Kriminalitätsbekämpfung. Hinter dem „Antidrogenkrieg“ verschwinden soziale Widersprüche, die enorme Korruption, der Reichtum einer kleinen Oberschicht und die verbreitete Armut der Mehrheit.

Bis Januar 2019 starben allein nach offiziellen Angaben über 5.100 Menschen als vermeintliche Dealer, über 170.000 wurden inhaftiert. Menschenrechtler gehen von weit höheren Zahlen derer aus, die den außergerichtlichen Tötungen zum Opfer fielen: von mehr als 20.000 Toten ist die Rede.

„Die internationale Gemeinschaft reagiert hilflos“, heißt es in einem Internet-Lexikon. Als unlängst die Grünen die Bundesregierung nach der Lage auf den Philippinen fragten, gab diese zwar an, ihr seien „Fälle von Festnahmen und Tötungen“, unter anderem auch von Menschenrechtsverteidiger*innen, bekannt. Wirksame Hebel dagegen bestehen aber offenbar nicht, Berlin gab lediglich zu Protokoll, in „Gesprächen mit der philippinischen Regierung konsequent“ zu fordern, dass rechtsstaatliche Mittel angewandt werden.

Richtig ist freilich auch: Die Zwischenwahlen haben gezeigt, dass die Gewaltpolitik die Zustimmung zu diesem Regime kaum beeinträchtigt hat. Umfragen deuteten schon im Vorfeld der Abstimmung darauf hin, dass Duterte sich auf weite Teile der Bevölkerung stützen kann. Nach zwischenzeitlichem Rückgang hatten die Werte der Zufriedenheit mit seiner Präsidentschaft wieder 79 Prozent erreicht.

Nicht mehr „über“ den Konflikten

Russland unter Putin, die staatskapitalistische Oligarchie und die Ökonomie des Autoritarismus.

Von Lutz Brangsch

Oberflächlich betrachtet schien der Erfolg Putins bei den Präsidentschaftswahlen 2018 ein guter Ausgangspunkt für seine letzte Präsidentschaft zu sein. Tatsächlich brachten die Monate nach der Wahl Richtungsentscheidungen, die so nicht unbedingt vermutet worden waren. Der damit verbundene dramatische Vertrauensverlust, den der Präsident nun hinnehmen muss, zeigt sich auch in Umfragen: Da ist von einem stabilen Wachsen der Proteststimmung im Lande die Rede, nur eine Minderheit ist mit der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik zufrieden, der Vertrauensverlust gegenüber der Außenpolitik Russlands fiel deutlich geringer aus.

Der entscheidende Paukenschlag war die Rentenreform, mit der das Rentenalter erhöht wird. Entgegen früheren Beteuerungen unterstützte Putin dieses Projekt. Die Wirkungen der Reform dürften der Regierungsmannschaft klar gewesen sein – man muss davon ausgehen, dass der Konflikt bewusst gesucht wurde. Zu beachten ist, dass diese Veränderungen bei der Rente in ein groß angelegtes Vorhaben zur Privatisierung der Alterssicherung eingebunden sind. Ziel ist die Durchsetzung einer kapitalgedeckten Rente.

Der Hintergrund wird in Russland selbst in der Suche nach Akkumulationsquellen gesehen. Die hohe Abhängigkeit des Staatshaushaltes und des Investitionsgeschehens von den Einnahmen aus dem Rohstoffexport soll durch die in die Banken fließenden und als Alterssicherung langfristig gebundenen Einzahlungen der Masse der Lohnabhängigen gemildert werden.

Vor dem Hintergrund stagnierender Realeinkommen, kaum sichtbarer Fortschritte beim Strukturwandel der russländischen Wirtschaft und ungelöster Probleme im Gesundheitswesen, im Umweltbereich und hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse ist der eingeschlagene Weg der Reform der Alterssicherung eine zusätzliche Belastung der Lohnabhängigen zugunsten der Oberschicht in Staat und Privatwirtschaft.

Derzeit wird die Basis geschaffen, auf der die verschiedenen Fraktionen der Oberschicht das nachputinsche Gesellschaftsmodell aushandeln. Der in dem unter Putin entstandenen System verkörperte Konsens der Oberschicht wird offensichtlich. Er steht nicht mehr „über“ den Konflikten, er hat sich zu einem Teil dieser Konflikte gemacht. Der „Ver-

trag“ zwischen Putin und der Gesellschaft hingegen, so hört man es in Russland, beginne zu zerfallen.

Die mit der Rentenreform deutlich gewordene Richtungsentscheidung markiert nur eine der an Brisanz zunehmenden Konfliktlinien in der russischen Gesellschaft. Gleichzeitig zeigt sie, wie fragil die sozialen Beziehungen sind.

Die von der Regierung im Kampf gegen die wieder wachsende Armut generell, Altersarmut und die Probleme im Gesundheitswesen vorgesehenen Mittel werden nach Ansicht von Experten kaum ausreichen. Die derzeit diskutierten Rezepte sind durchaus bekannt und erinnern in vielem an die unter Schröder installierte Politik der „Förderns und Forderns“. Auch im Gesundheitswesen versucht man seit Längerem, mit dem Modell der „schlanken Poliklinik“ die Versorgung zu verbessern – freilich ohne Erhöhung des Bestandes an Fachkräften. Diese Politik der Ökonomisierung des Gesundheitswesens stößt unter den Beschäftigten auf zunehmenden Widerstand. Auch die Konfliktlinie Umweltpolitik wurde von Putin aufgegriffen. ▶





► Inwieweit aber die Ankündigungen noch eine reale politische Befriedung bewirken können, wird von Jahr zu Jahr unsicherer. Die immer wieder angekündigten Projekte zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Russlands haben kaum sichtbare Wirkungen gezeigt. Das gilt vor allem für die Masse der Lohnabhängigen, egal ob im staatlichen oder Privatsektor. Dies alles ist der Hintergrund dafür, dass nach den Protesten gegen die Rentenreform nicht einfach wieder Ruhe einkehrte.

Träger der Proteste sind maßgeblich kleinere und lokal verankerte Initiativen, die den Widerstand gegen die Politik von Staat und Unternehmertum bündeln. Unter den Gewerkschaften war es vor allem die „Konföderation der Arbeit“, mit etwa zwei Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft des Landes, die sich in der Bewegung gegen die Rentenreform profilieren konnte. Diese Verbindung sozialer und gewerkschaftlicher Proteste ist kein Zufall. Soziale, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte stehen gleichermaßen unter enormem Druck. Dementsprechend nehmen die Arbeitskämpfe an Schärfe und Dauer zu. Schwerpunkte waren im Jahr 2018 Rückstände bei der Lohnzahlung und Entlassungen.

Allerdings wächst die Zahl der Aktionen nicht in dem Maße, in dem die Probleme zunehmen. Das liegt vor allem daran, dass die Möglichkeiten, Streiks und andere Formen sozialen Protestes zu organisieren, unverändert kompliziert sind. Gesprächspartner*innen in Russland verweisen darauf, dass es nicht nur wenige Spielräume für sozialen Protest gibt, sondern gesellschaftliche Organisationen immer stärker in ihrer Tätigkeit kontrolliert werden.

Die Enge der Möglichkeiten, Protest zu artikulieren, führt dazu, dass die Wahlen mehr und mehr zu einem Mittel des Protestes werden. Vor allem auf der regionalen Ebene haben in den letzten Monaten Kandidat*innen der Opposition Posten als Gouverneure oder Bürgermeister*innen gewonnen.

Ursprünglich sollte das Wachstum 2021 schon 3 Prozent übersteigen und eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitsproduktivität durch Einführung neuer Technologien und Digitalisierung mit dem Ergebnis einer Erhöhung des Exports von entsprechenden Erzeugnissen (also nicht Rohstoffen) um das 1,5-Fache erreicht werden. Ökonom*innen verschiedener Richtungen konstatieren aber eher Stagnation auf letztlich allen Gebieten.

Die Realität der Wirtschaftspolitik wird von den Interessen der Großunternehmen und deren Vertreter*innen sowie den Spitzen des Staatsapparates bestimmt. Dass die Umverteilung in diese Oligarchie funktioniert, gewährleistet ein intensiver personeller Austausch zwischen Wirtschaft und Staat. Entgegen den gängigen Einschätzungen, der Staat würde die Oligarchen unterdrücken, wird auch das putinsche Russland von ihnen beherrscht. Das

bedeutet auch, dass der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ im Interesse dieser Oligarchie gegen Teile derselben repressiv agiert – wie momentan bei der gewaltsamen Regulierung der Brennstoffpreise, die Firmen wie Rosneft Verluste bringt.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird vor diesem Hintergrund von drei entscheidenden Punkten blockiert: der schwachen inländischen Nachfrage, einer an Sicherheit orientierten Haushalts- und Währungspolitik sowie der Dominanz des Blocks von Verwaltungsspitzen, Großunternehmen (vor allem in der extraktiven Industrie) und Banken. Die darauf sich gründende herrschende Elite bildet eine staatskapitalistische Oligarchie, die den Worten nach (durch den Mund des Präsidenten) innovative Strategien fordert, vor deren praktischen Konsequenzen jedoch zurückschreckt und durch staatliche Maßnahmen die Entwicklung neuer Wirtschaftssektoren bremst.

Die fehlende Erneuerung in der Industrie verfestigt die Dominanz von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen im Export – lediglich Rüstungsgüter spielen hier eine nennenswerte Rolle. Das lähmt jede innovative wirtschaftliche Aktivität. Verlierer dieser Art von Wirtschaftspolitik sind neben den Lohnabhängigen kleinere Unternehmen und Firmen im innovativen Bereich. Sie erhalten kaum Kredite und sind Gegenstand vielfältiger Regulierungen und Überprüfungen. Jeglicher Versuch des Abbaus von Belastungen für diesen Teil des Unternehmertums lief bisher ins Leere. Wohl gemerkt – es geht nie um den Schutz der Rechte der Beschäftigten, sondern um Fragen der Buchhaltung, der Berichterstattung usw.

Mit der Orientierung an Privatisierung, zunehmender Umverteilung in eine immer reichere Oligarchie, der Begrenzung gewerkschaftlicher und sozialer Schutzrechte und Leistungen sowie dem wachsenden Einfluss nationalistischer und rechtsextremer Positionen bei einem sich erhöhenden Stellenwert nationaler Konflikte werden sich der „Westen“ und Russland immer ähnlicher. Diese Konvergenz der Systeme unter unterschiedlichen historischen und geopolitischen Vorzeichen bringt eine Konstellation hervor, die eher der im frühen als der im späten 20. Jahrhundert ähnelt. Die EU-Nachbarschaftspolitik und die NATO-Aktivitäten treiben Russland zu spiegelbildlichem Handeln in der Fixierung der Einflusszonen und legitimieren es.

Die globalen Ansprüche von EU und NATO und das regionale Interesse Russlands beginnen eine hochgefährliche Situation heraufzubeschwören, da auf beiden Seiten die Gegenkräfte außerordentlich schwach sind. Die inneren und äußeren Widersprüche bilden einen immer komplizierter zu entwirrenden Knoten. Dieses Zusammenspiel innerer und äußerer Probleme ist das tatsächliche Problem, nicht die Frage putinscher Politik oder etwa die der Nachfolge Putins 2024.



China als „Systemkonkurrent“

Schafft sich Peking loyale Partner per Außenwirtschaftspolitik? Von Vincent Körner

Wenn von den politischen Verhältnissen in China die Rede ist, kommt die Sprache meist auf die Unterdrückung oppositioneller Regungen oder die Einparteienherrschaft, die Zensur, die Überwachung. Zuletzt standen sogenannte Umerziehungslager im Fokus der kritischen Öffentlichkeit oder das totalitären Träumen entsprechende Sozialkredit-System, mit dem jegliches Verhalten erfasst, bewertet, belohnt oder sanktioniert werden kann.

Peking selbst sieht sich dabei einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ verfolgen. Was aus progressiver Sicht absurd erscheint, bekommt durch die Brille ökonomischer Interessen betrachtet eine etwas andere Note. So berechtigt die Kritik an autoritären Praktiken ist, so zurückhaltend hört man diese „im Westen“, wenn es um Staaten geht, die ökonomisch als Partner gelten und nicht als Konkurrenz. Die Flexibilität im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen ist eine wirtschaftspolitische Frage.

Dass die Lobbyverbände des deutschen Kapitals China inzwischen im Gleichklang mit den USA und anderen als „Systemkonkurrent“ sehen, hat nicht nur, aber eben auch mit der Sorge zu tun, die aufstrebende Wirtschaftsmacht werde ihren Siegeszug fortsetzen und damit die langjährige ökonomische Hegemonie einiger westlicher Industrieländer unterminieren. Im Fokus steht nicht zuletzt die Seidenstraßen-Strategie Pekings, die mit Direktinvestitionen, politischen Empfehlungen, das „chinesische Modell“ zu übernehmen, und Kreditvergaben eine global aus-

gerichtete Wirtschaftskooperation schaffen will. Natürlich zum eigenen Nutzen.

Es ist sicher keine Überraschung, dass es Peking eher gelingt, in Ländern Fuß zu fassen, die selbst auf der schiefen Bahn des Autoritarismus sind – Italiens Pakt mit China alarmiere Europa, hieß es im Frühjahr, als sich das erste Mitglied der G7-Industriemächte Chinas „Neuer Seidenstraße“ anschloss. Es ist dies aber auch kein Automatismus, wie man an der zunehmenden Gegnerschaft der USA, wo ein Donald Trump regiert, zu Peking sieht.

Für das ökonomische Vorgehen Pekings hat der indische Wissenschaftler Brahma Chellaney den Begriff der Schuldenfallen-Diplomatie geprägt. Der Begriff ist schnell zum Allgemeingut geworden, China soll angeblich gezielt Kredite an Länder in finanzieller Notlage geben, um diese in Abhängigkeit zu zwingen – und dann für eigene geostrategische oder militärpolitische Interessen auszunutzen.

„Sind die Teilnehmer der neuen Seidenstraße also Opfer eines chinesischen Masterplans, dessen Dimensionen sie nur noch nicht durchschaut haben?“, fragte unlängst die in Chinafragen sehr kritische „Frankfurter Allgemeine“ – und antwortete mit dem Hinweis auf eine Studie aus den USA. Bei der Analyse von Fällen, in denen Auslandskredite chinesischer Staatsbanken nachverhandelt wurden, kam die Rhodium Group zu dem Schluss, dass China die Kredite nicht oder kaum als außenpolitischen Hebel nutzt.

Deshalb muss man keineswegs von Kritik absehen, was etwa die Intransparenz, Korruptionsanfälligkeit und teilweise ökonomische Fragwürdigkeit dieser Darlehen angeht. Man dürfe aber auch nicht von der Frage ablenken, so die FAZ, „warum so viele Länder trotz der bekannten Risiken eine Teilnahme an der neuen Seidenstraße attraktiv finden“.

Auch die in Deutschland oft gehörte Kritik, China steige vermehrt in deutsche Unternehmen ein, um Technologien „abzuziehen“, oder aus anderen Gründen, die hierzulande als beklagenswert gelten, ist mit einiger Vorsicht zu genießen. Nicht nur ist die Anzahl der chinesischen Transaktionen nach Angaben des unternehmensnahen Instituts der deutschen Wirtschaft gesunken, auch ihr Volumen ging zurück. Auf der anderen Seite sind die politischen Regelungen verschärft worden, mit denen der deutsche Staat solche Übernahmen verhindern kann, was 2018 zweimal geschah.

Auch die Größenverhältnisse sollten berücksichtigt werden. Zwar rangiert China laut Daten der Unternehmensberatung PwC von Ende 2018 auf dem 5. Platz Liste der ausländischen Übernahmen und Beteiligungen in der Bundesrepublik – allerdings mit einem Anteil von nur 5,5 Prozent. Die meisten Investoren kamen wie im Jahr 2017 aus den USA, mit einem Anteil von über 17 Prozent. Auch Großbritannien und die Schweiz liegen vor China, das in Fragen der Investitionen in Deutschland eher auf Augenhöhe mit den Niederlanden operiert.

Demokratie oder Autoritarismus?

Welchen Weg Mosambik gehen wird, hängt vom Umgang der Eliten mit der Schuldenkrise ab.

Von Fredson Guilengue

Mosambik ist seit Anfang 2016 von einer Schuldenkrise betroffen. Sie wurde zum Inbegriff des Scheiterns der herrschenden politischen Elite. Die Krise um versteckte Schulden betrifft illegale Kredite in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar, die von drei Unternehmen, ProIndicus SA, Empresa Moçambicana de Atum SA (EMATUM) und Mozambique Asset Management SA (MAM), aufgenommen wurden.

Offiziell sollten die Mittel dazu dienen, die Souveränität Mosambiks in der landeseigenen Sonderwirtschaftszone zu schützen und Erkundungen für den Abbau von Rohstoffen zu finanzieren. Vermittelt wurden die Kredite durch die Bank Credit Suisse International und die russische Investmentbank VTB Capital PLC.

Doch dann stellte eine unabhängige Prüfung unter anderem fest, dass 500 Millionen US-Dollar des EMATUM-Darlehens verschwunden sind. Da die verdächtigen Transaktionen über New Yorker Banken flossen, erhoben die USA Anklage gegen den mosambikanischen Abgeordneten und ehemaligen Finanzminister Manuel Chang sowie einige andere hochrangige Staatsbeamte. Die Aufdeckung des Schuldenskandals veranlasste den IWF und andere Kreditgeber, die Darlehenszahlungen an Mosambik sofort einzustellen – die Folge war beinahe ein Staatsbankrott.

Dieser Skandal hat die Frelimo, die Regierungspartei Mosambiks, auf eine harte Probe gestellt. Was dies für die demokratische Entwicklung des Landes bedeuten könnte, habe ich im Januar in vier Szenarien prognostiziert – zwei davon sollen hier diskutiert werden: Entweder könnte der Umgang mit der Krise Mosambiks Einstufung als autoritärer Staat bestätigen. Oder das Regime versucht, mit einigen kleinen „Fortschritten“ bei den Ermittlungen gegen die Verantwortlichen ein gewisses Maß an Vertrauen in die Institutionen der Justiz und die Partei wiederherzustellen, also einen „demokratischen Weg“ einzuschlagen. Das würde auch dem inneren Zusammenhalt der Frelimo nützen.

Zur autoritären Tendenz: Mosambik ist jüngst von der „Economist Intelligence Unit“ als autoritäres Regime eingestuft worden, zuvor galt das Land als „hybrides Regime“. Diese neue, verschlechterte Einstufung folgte auf die umstrittene Kommunalwahl im Oktober 2018. Diese Wahlen, so die Begründung,

könnten den Friedensprozess zwischen der Frelimo und der bewaffneten Opposition Renamo destabilisieren.

Meiner Meinung nach geht diese Argumentation fehl. Noch immer sind Fortschritte im Verhandlungsprozess für Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu verzeichnen und beide Parteien scheinen sich weiterhin für den Frieden einzusetzen.

Die autoritären Praktiken in Mosambik stellen meiner Auffassung nach vielmehr eine Reaktion auf die Schuldenkrise dar. Die Frelimo, so eines meiner Szenarien vom Januar, verfolgt eine Abschottungsstrategie, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Elite zu schützen. Diese beinhaltet auch restriktive Eingriffe in die Berichterstattung zu „unangenehmen Themen“. Ich hatte auch vorausgesagt, dass Mosambik die G40-Gruppe – eine durch die Regierung ernannte Gruppe von Kommentatoren zur Verteidigung der Regierungspolitik – beleben und staatliche Unterdrückung über Polizei und Militär ausweiten würde.

In meinem zweiten Szenario hieß es, die Regierungspartei würde dem Generalstaatsanwalt mehr Raum für „Nachforschungen“ geben. In der Folge würden sogar „kleine Fische“ des Schuldenskandals vor Gericht landen, die „großen“ jedoch ungeschoren bleiben. Dies ist eine gängige Praxis in Ländern, in denen das Rechtssystem von den Interessen der herrschenden Eliten bestimmt wird. Für die Frelimo hätte diese Strategie den Vorteil, vor den Nationalwahlen im Oktober 2019 innere Einheit zu stiften. Außerdem könnte auf diesem Weg der kleinen „Fortschritte“ bei der strafrechtlichen Untersuchung des Falls der versteckten Schulden das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zurückgewonnen und die eingefrorenen finanziellen Hilfen wieder verfügbar gemacht werden.

Wenn allerdings Manuel Chang, der frühere Finanzminister, der derzeit in Südafrika auf eine Auslieferung wartet, in die USA statt nach Mosambik geschickt würde, wäre der Eindruck bestärkt, dass die rechtsstaatliche Verfolgung des Skandals in Mosambik mangelhaft ist. Tatsächlich hat der Generalstaatsanwalt bereits einigen Ländern (einschließlich der USA) mangelnde Zusammenarbeit bei den Ermittlungen vorgeworfen.

So weit meine damalige Prognose. Wie ist der Stand der Demokratie in Mosambik vier

Monate später? Bestätigt der Umgang mit dem Fall der versteckten Schulden, dass Mosambik sich zu einem autoritären Regime entwickelt hat – oder sind Schritte in Richtung einer funktionierenden Demokratie erkennbar?

Der enorme nationale und internationale Druck führte – nach einem langen Schweigen, das eine freie, breite Diskussion verhindern sollte – inzwischen dazu, dass 21 Personen, darunter zwei ehemalige hochrangige Beamte des Geheimdienstes und ein Sohn des früheren Präsidenten Armando Guebuza, vorbeugend festgenommen wurden. Auf südafrikanischer Seite wurde gegen Manuel Chang nach seiner Inhaftierung Ende 2018 in Johannesburg auf Ersuchen der US-Justizbehörden ein langwieriges Gerichtsverfahren eingeleitet, das die Rechtmäßigkeit seiner Festnahme bestätigte. Ein südafrikanisches Gericht hat unlängst festgestellt, dass Chang sowohl an die USA, die dies zuerst beantragt hatten, als auch an Mosambiks Behörden, die später einen entsprechenden Antrag stellten, ausgeliefert werden kann. Es wird derzeit erwartet, dass der südafrikanische Justizminister Michael Masutha Manuel Chang nach Maputo oder in die USA zurückschicken wird.

Ob Mosambik als Regime mit autoritären Praktiken beschrieben werden kann, ist von einer Kombination von Faktoren abhängig. Auf der einen Seite würde man bei völliger Ignoranz gegenüber dem Fall oder bei einem nur behaupteten oder inszenierten Interesse an juristischer Aufklärung von Autoritarismus sprechen können. Nun aber sind Schritte zur rechtlichen Klärung des Schuldenskandals eingeleitet. Richtig ist allerdings auch: Obwohl aktuell die Restriktionen nachgelassen haben, mit denen eine öffentliche Debatte des Skandals verhindert werden sollte, wird auch weiterhin allgemein eingeschätzt, dass die Anstrengungen der Regierung zur Aufklärung nicht aufrichtig sind. Die Erwartungen daran, wie der mosambikanische Staat den Fall der versteckten Kredite behandelt, sind nach wie vor sehr hoch: Ob autoritär oder in demokratischer Weise – das wird sich bald zeigen.

Fredson Guilengue ist Projektmanager der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Büro Johannesburg. Die vier angesprochenen Szenarien für Mosambik finden sich unter kurzlink.de/maldekstra_mosabik.



Gewerkschaften unter dem Autoritarismus

„Die Türkei ist zu einer Hölle auf Erden für outgesourcte Beschäftigte geworden. Sowohl im öffentlichen Sektor, wo mehr als zwei Millionen Arbeiter für Subunternehmer arbeiten, als auch in der Privatwirtschaft, wo die Zahlen noch deutlich höher sein dürften.“ So hat es vor gut einem Jahr Kivanç Eliaçık von der Gewerkschaft DİSK formuliert. Damals herrschte noch der offizielle Ausnahmezustand, der Grundrechte wie die Versammlungs- oder Pressefreiheit einschränkte und es dem autoritären Herrscher Recep Tayyip Erdoğan erlaubte, per Dekret zu regieren. Zehntausende Menschen verloren ihre Arbeitsstellen.

Erdoğan hatte im Sommer 2017 die Unterdrückung von gewerkschaftlichen Kämpfen als ein Hauptmotiv für den Ausnahmezustand genannt. Gegenüber der Unternehmerlobby sagte er: „Wir haben den Ausnahmezustand verhängt, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft problemlos funktioniert. Hat denn die Wirtschaft irgendwelche Probleme gehabt wegen des Ausnahmezustands? Wir nutzen den Ausnahmezustand dazu, Streiks zu verhindern.“

Doch mit dem Ende des Ausnahmezustandes endeten nicht die politischen Ausnahmebedingungen in der Türkei. Diese treffen auch und gerade die Gewerkschaften. „Es ist schwerer für uns geworden, Veranstaltungen durchzuführen und Flugblätter in den Betrieben zu verteilen“, so Kivanç Eliaçık. „Sich für Gewerkschaftsrechte einzusetzen kann einen schnell den Arbeitsplatz kosten.“ Dies zeigt auch das Vorgehen gegen die DİSK-Vorsitzende Arzu Çerkezoğlu, der „Volksver-

hetzung“ vorgeworfen wird, nachdem sie sich bei einer öffentlichen Veranstaltung kritisch zu den Verhältnissen in Erdoğan's Autokratie geäußert hatte. Auch Gewalt gegen Gewerkschafter ist an der Tagesordnung. Erst im November 2018 war der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gummi- und Plastikarbeiter Lastik-İş, Abdullah Karacan, erschossen worden.

Die Türkei steckt in einer Wirtschaftskrise, welche die Lage vieler Beschäftigter noch verschärft hat, so Alp Kayserilioğlu, der in Tübingen über die Politik der AKP promoviert. Dies betrifft unter anderem die massenhafte Zunahme deregulierter Arbeitsverhältnisse und mangelhafte Sicherheitsbedingungen: Im Zeitraum von 2002 bis 2015 starben über 15.000 Menschen bei vermeidbaren Arbeitsunfällen.

Die Lage wird auch in anderen autoritär regierten Ländern schlechter. Im Mai 2019 berichtete die „South China Morning Post“ über ein verstärktes staatliches Vorgehen gegen Organisationen, die sich für die Rechte von Beschäftigten einsetzen. Beim „China Labour Bulletin“ hieß es, seitens der Regierung in Peking würden Bemühungen, sich zu organisieren, wieder schärfer als Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität angesehen. Als weitere Ursache wird auf die Konjunkturlage in China verwiesen: Angesichts der schlechteren Aussichten wolle der Staat die Unternehmen vor Forderungen und Protesten der Belegschaft schützen.

Doppelte Krise

Nicht nur die Demokratie gerät unter Druck, mit ihr auch jene Kräfte, die sie schützen könnten. Linke Kräfte suchen nach Wegen aus dem Dilemma. Von Anne Schindler

Anfang April 2019 luden das Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die dänische „Democracy in Europe Organisation“ (Demokratie-in-Europa-Organisation, kurz DEO) dänische, schwedische und deutsche Vertreter*innen linker Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sowie Expert*innen nach Kopenhagen ein. Zwei Tage widmete man der „Zukunft der Demokratie“. Es ging bei dem Workshop um Lösungsstrategien für die Krise der Demokratie und um Vernetzung.

Wachsende ökonomische Ungleichheit zwischen Ländern und innerhalb von Gesellschaften, Verlust des Vertrauens in politische Eliten, Medienskopsis und institutionelle Fehlentwicklungen führen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu Demokratiekrise, so die Analyse. Demokratische Institutionen in Dänemark, Schweden und Deutschland haben die Demokratie als gesetzt, gefestigt und somit unumstößlich angenommen. Auch weil die Demokratie in diesen Ländern bisher sehr stark und stabil war. Im Angesicht erstarkender rechtspopulistischer Parteien muss jedoch die Frage gestellt werden, wie man den Krisen der Demokratie begegnen kann.

Fast jeder fünfte Schwede ist nicht im Land geboren. In den 1950er Jahren sicherten Gastarbeiter*innen den industriellen Aufschwung Schwedens, in den 1970er und 1980er Jahren wanderten Menschen aus Vietnam, Südamerika, Iran, Libanon und christliche Minderheiten aus dem Nahen Osten ein. Zwischen 2012 und 2017 beantragten über 400.000 Menschen in Schweden Asyl. Nicht erst seit 2015, dem Jahr, in dem die Zahl der Asylsuchenden in Europa am stärksten stieg, organisieren sich Schwed*innen gegen Migrant*innen, fordern rechte Parteien eine restriktive Einwanderungspolitik und machen gegen Geflüchtete Front.

Dänemarks parlamentarische Demokratie gilt als eine der stabilsten Europas. Seit 1909 verfügt zwar keine einzelne Partei im Folketing, dem dänischen Parlament, über die absolute Mehrheit, Minderheitsregierungen schaffen durch wechselnde Mehrheitsbündnisse jedoch stabile demokratische Verhältnisse. In diesem negativen Parlamentarismus basiert die Regierung auf häufig wechselnden Mehrheiten, je nach politischer Fragestellung. Seit der Wahl 2015 ist die rechtspopulistische Dansk Folkeparti zweitstärkste Kraft im Folketing.

Die Diktatur der Nazis beendete den Aufstieg der Weimarer Republik als erster deutscher Demokratie schnell. Im Lichte dieses jähren Endes entstand mit dem Grundgesetz

eine parlamentarische Demokratie, die durch eine Repräsentativverfassung die Fehler der vorhergegangenen Republik vermeiden sollte. Seit seiner ersten Wahl 1949 ist der Bundestag eines der zwei legislativen Organe der Bundesrepublik. Heute sind sechs Parteien, unter anderem Die Linke, im Bundestag vertreten. Spätestens mit Aufstieg der AfD ist jedoch deutlich geworden, dass die parlamentarische Demokratie, wie man sie seit den 1950er Jahren kennt, auch hier in einer ernstzunehmenden Krise steckt.

Politische Akteur*innen in allen drei Ländern müssen sich eingestehen, dass die Demokratie, wie sie noch vor fünf, zehn oder 15 Jahren existierte, in Gefahr ist. Nicht nur Abschottung und Rechtspopulismus sind Anzeichen dafür, die Veränderung des Wahlverhaltens, der Aufstieg neuer Parteien und eine Mobilisierungsmüdigkeit lassen sich in allen drei Ländern beobachten.

Diese Art der Verdrossenheit trifft Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Parteien, sie alle haben mit Vertrauensverlust zu kämpfen.

Zugleich sind alle drei Genannten institutionelle Träger bei der Abwehr von Demokratie-Abbau und haben gegenwärtig Probleme, die nach innen und nach außen wirken. Linke Parteien verzeichnen seit Jahren einen Rückgang der Mitgliederzahlen und das Abwandern von Wählerstimmen nach rechts. Etablierten Parteien wird von immer größer werdenden Bevölkerungsteilen eine Generalkritik an der gegenwärtigen Demokratie entgegengesetzt. Sie würden als Elite die Interessen der Arbeiterklasse und der unteren Schichten nicht vertreten. Eine Abwanderung zu rechtspopulistischen Parteien, die ein Wir formen, hat längst begonnen. Die Kräfteverhältnisse ändern sich.

Die Veränderung der Arbeitswelt und die Mobilisierungsschwäche sind die größten Problemfelder der gewerkschaftlichen Organisation. Nicht einmal jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland ist heute in einer Gewerkschaft, in den letzten 20 Jahren sank der Organisationsgrad um ein Drittel. Und auch in Dänemark sinkt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, obwohl sie mit einem Organisationsgrad von über 60 Prozent im europäischen Vergleich noch immer sehr hoch ist. Ähnlich sieht es in Schweden aus.

Sich ändernde Kräfteverhältnisse in parlamentarischen Demokratien spüren auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Zuletzt zeigte dies die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac in Deutschland. Auch in gefestigten Demokratien ist die Arbeit von

zivilgesellschaftlichen Akteuren politischem Druck ausgesetzt, infolgedessen steht es um die Mobilisierungsfähigkeit vieler NGOs nicht besonders gut.

Alle drei Akteure können und müssen neue Perspektiven für die Demokratie aufzeigen und verfolgen. Eine Bestandsaufnahme, wie es in den einzelnen Ländern um die Demokratie auf lokaler und nationaler Ebene steht, ist für vorwärtsgerichtetes Denken notwendig. Und so begann der Kopenhagener Workshop mit einer Analyse der Demokratiekrise in den drei Ländern.

Subjektive Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenswirklichkeit und Kontrollverlust sind treibende Kräfte dafür, dass sich Menschen von etablierten demokratischen Institutionen abwenden und rechtspopulistische Parteien und Ideen wählen und unterstützen. Diese Parteien, aber auch Organisationen schaffen etwas, das etablierten Parteien und Institutionen immer schwerer fällt: Menschen zu mobilisieren, die sich nicht mehr genügend von Alteingesessenem repräsentiert fühlen.

Die AfD, die Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) und die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) mobilisieren die Menschen, die mit der derzeitigen Lage, dem Zustand der Demokratie und der Einwanderungspolitik ihres Landes nicht einverstanden sind. Nur wie kann man jene Menschen mobilisieren, die einverstanden sind? Wie kann man sie ermutigen, sich auch außerhalb der Wahlen zu engagieren? Diese Fragen haben sich die Workshop-Teilnehmer*innen gestellt.

Auch wenn sich die Demokratiekonzepte und die Analyse der EU und des eigenen Wirkens in ihr unterscheiden, waren sich die Teilnehmer*innen einig, dass sie den Demokratiekrise nur mit internationaler Solidarität begegnen können. Doch internationale Solidarität allein wird die Krisen nicht lösen können. Demokratische Akteur*innen müssen aus der defensiven Verteidigungsposition der demokratischen Institutionen herauskommen und über den Status quo hinausdenken. Diskussionen über Eigentum, Arbeitsbedingungen und Klasse können für linke progressive Kräfte Anhänger sein, die Demokratiekrise zu überwinden.

Der Workshop hat sich also nicht nur der kritischen Bestandsaufnahme zugewandt, sondern auch einen für die Zukunft der Demokratie entscheidenden Faktor auf die Tagesordnung gesetzt. Die Fragen sind gestellt und diskutiert, aber natürlich können sie noch nicht vollständig beantwortet sein. Also wird die Debatte weitergehen – mit einem nächsten Treffen.

Gegen den „männlichen Zorn“

Frauen führen vielerorts den Widerstand gegen autoritäre Regierungen an. Von Svenja Glaser

März 2019: In Istanbul gehen Tausende Frauen in lila Kleidung auf die Straße. „Wir haben sehr viele Forderungen, denn viele unserer Rechte drohen uns genommen zu werden“, sagt eine Demonstrantin. Vor allem die Gewalt gegen Frauen, Morde, Belästigung und Vergewaltigung, treibt sie auf die Straße. Die Polizei löst die Protestaktion auf. Auch im November 2018 hatten Frauenmärsche in der Türkei stattgefunden, obwohl die Aktionen nicht erlaubt sind. „Ich habe das Gefühl, dass das, was uns verbindet, diese Märsche sind“, sagt die feministische Filmemacherin Güliz Saglam. „Wir müssen sagen, dass es uns gibt, dass es Frauen gibt.“ Und es ist Widerstand gegen den autoritär-patriarchalen Kurs des Erdoğan-Regimes. Dieses habe den Graben zwischen den Geschlechtern noch vertieft, klagt die Soziologin Feryal Saygılıgil.

Januar 2019: In Washington und vielen anderen Städten der USA gehen Zehntausende Frauen gegen Donald Trump auf die Straße. Der „Women’s March“ ist ein Symbol für zwei Jahre Widerstand gegen die Präsidentschaft des Republikaners. Und dafür haben Frauen besondere Gründe, wie unter anderem der Fall des rechten Hardliners Brett Kavanaugh gezeigt hat, den Trump ins höchste Richter*innenamt des Landes wählen ließ – ein ultrakonservativer Abtreibungsgegner, dem mehrere Frauen sexuelle Übergriffe und Nötigung vorwerfen. Trump hatte sich über die Anklägerinnen lustig gemacht, die sexistische

Realität mit dem Hinweis verklärt, es sei eine „beängstigende Zeit für junge Männer in Amerika“, und behauptet: „Frauen geht es sehr gut.“

März 2018: In Warschau gehen rund 200.000 Frauen gegen eine geplante Verschärfung des Abtreibungsrechts auf die Straße. Es geht dabei nicht nur um ein Gesetz, das ohnehin restriktive Regeln verschlimmern und die Rechte der Frauen, über ihren Körper zu entscheiden, noch weiter untergraben würde. Es geht generell um die Rechtsregierung in Warschau, die Marta Lempart von der Organisation Polnischer Frauenstreik als „Frauen-Hass-und-Verachtungsfestival“ bezeichnet. Schon 2016 hatten Frauen mit einem „Schwarzen Montag“ erfolgreich gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechts demonstriert, die Aktion wurde zu einem Symbol des progressiven Widerstandes gegen die autoritäre Regierung.

Es sind nur drei Beispiele von vielen: In Ländern, deren Regierungen sich autoritärer Praktiken bedienen, sind es oft vor allem Frauen, die den Widerstand dagegen tragen. Das hat Gründe. So bezieht die autoritäre Welle ihre Kraft nicht zuletzt aus einer Mischung aus Antifeminismus und „männlichem Zorn“, wie es Gideon Rachman formuliert. Rechte Kräfte mobilisieren die Angst vor dem Niedergang traditioneller Geschlechterrollen, die mit der Sorge vor einem Verlust von Macht und Status für Männer einhergeht. „Diese Angst wird sichtbar im misogynen Ton der po-

pulistischen Bewegungen in den USA, in Brasilien, auf den Philippinen, in Italien und anderswo“, so Rachman. Aggressive Rhetorik der Autoritären gegen Politiken der Gleichstellung deutet zudem auf die ökonomische Seite. Das feministische Aufbegehren zielt also auf Symptome des und strukturelle Gründe für den Autoritarismus gleichermaßen.

Wie eine bunte Perlenkette ziehen sich feministische Proteste durch die letzten Jahre. Die unter dem Signum #MeToo seit 2017 laufende weltweite Debatte über sexuelle Belästigung gehört genauso dazu wie das Aufbegehren gegen ungleiche Bezahlung oder männliche Gewalt. Meriem Strupler von der Schweizer „Wochenzeitung“ hat daher auch für einen optimistischen Blick auf die antifeministische Welle der Gegenwart plädiert. „Unterdrückungsformen lassen sich kaum isoliert bekämpfen. Der neue Autoritarismus hat viele Gesichter. Der Widerstand gegen ihn muss es auch haben.“

Ähnlich sieht es Dorit Riethmüller von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in einer Bilanz der Ersten Internationalen Feministischen Sommerschule, die im Herbst 2018 in Belgrad stattfand, vom Bedarf an neuen Strategien spricht, „die den Kampf mit dem rechten Autoritarismus und den neoliberalen Auswüchsen des Kapitalismus ermöglichen. Strategien, die Frauen ermächtigen und den Männern gleichstellen, die den alten weißen Mann alt aussehen lassen.“

Suche nach linken Gegenstrategien – auch in Lateinamerika

Die Wahl von Jair Bolsonaro in Brasilien im Spätherbst 2018 ist vielfach als ein neuerlicher Beleg für jene globale reaktionäre Welle aufgefasst worden, die autoritären Politikmodellen immer größeren Raum verschafft. Die Wahl des rechtsgerichteten Jimmy Morales in Guatemala im Jahr 2015 wird ebenfalls dazugerechnet. Und auch sich selbst als links stehend bezeichnende Politiker in Lateinamerika wenden immer öfter autoritäre Praktiken an, wie sich etwa in Venezuela und Nicaragua zeigt.

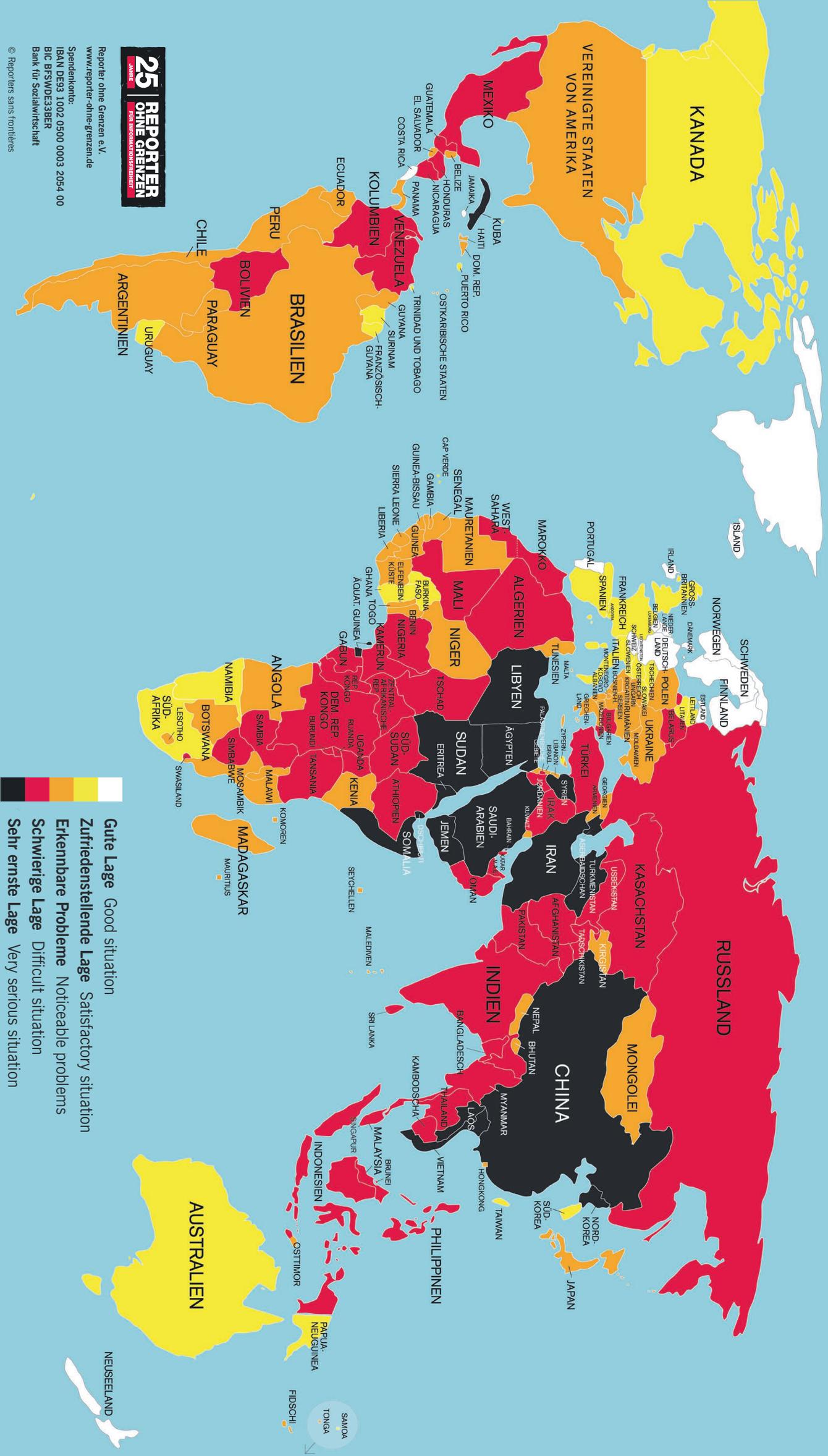
Sosehr ein allgemeiner Trend sichtbar ist, so vielschichtig sind die Entwicklungen in den einzelnen Ländern, die Übergänge zu einem Autoritarismus sind fließend. Auch für Lateinamerika gelte, so Ferdinand Muggenthaler von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass man es mit zwei miteinander verbundenen Phänomenen zu tun habe: einerseits mit einem wachsenden Einfluss reaktionärer Diskurse und Bewegungen auf die „kulturelle Hegemonie“ sowie andererseits mit den Praktiken neuer autoritärer Regierungen oder von schon länger amtierenden Regierungen, die immer öfter autoritäre Praktiken anwenden.

Die Dringlichkeit haben Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg in ihrer Analyse des Aufstiegs der radikalen Rechten anderswo formuliert: „Werfen wir einfach einen Blick auf das Treiben von Trump, Orbán, Erdoğan und ihresgleichen: Die Rechenschaftspflicht von Regierungen, die Unabhängigkeit der Justiz, Pressefreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen stehen unter schwerem Beschuss und mu-

ten immer mehr wie Geister der Vergangenheit an“, heißt es in ihrer Einführung zu dem Buch „Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa“ (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Juni 2018). „Anders ausgedrückt: Die radikale Rechte verstärkt ihre Angriffe auf den Wesenskern der Demokratie, während bestehende demokratische Institutionen und Prozesse die Menschen zur Verteidigung ebendieser Demokratie kaum mehr zu mobilisieren in der Lage sind. Genau deshalb ist die Gefahr, die vom Autoritarismus ausgeht, so unmittelbar und existenziell.“

Umso wichtiger sind die Debatten über mögliche Auswege, progressive Alternativen und linke Strategien – auch in Lateinamerika. Im Juli 2019 wird das auch Thema einer ausführlichen Diskussion bei der „Grupo Permanente“ sein. Die Arbeitsgruppe von Aktivist*innen, Akademikern und Regierungsvertretern der Region wird sich der autoritären Welle aus lateinamerikanischer Sicht annehmen. Dabei kann es nicht um einen überall gültigen Plan gehen, sondern um linke Gegenstrategien, die von konkreten Erfahrungen vor Ort ausgehen. Welche Allianzen sind möglich, welche nötig? Darüber hinaus stehen ganz praktische Fragen an: Wie können progressive Kräfte unter autoritären Regierungen „überleben“, wie kann kritische Arbeit trotzdem fortgesetzt werden? Das ist nicht zuletzt eine Herausforderung für linke Stiftungstätigkeit in autoritären Regimen.

Bedrohte Pressefreiheit



Gute Lage Good situation
 Zufriedenstellende Lage Satisfactory situation
 Erkennbare Probleme Noticeable problems
 Schwierige Lage Difficult situation
 Sehr ernste Lage Very serious situation

25 REPORTER
 OHNE GRENZEN
 FÜR HUMANITÄRISCHERE WELT

Reporter ohne Grenzen e.V.
 www.reporter-ohne-grenzen.de
 Spendenkonto:
 IBAN DE93 1002 0500 0003 2054 00
 BIC BFSWDE33BER
 Bank für Sozialwirtschaft
 © Reporters sans frontières